

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zufendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 4.

### Technik und Organisation.

Eine Studie über das Organisationswesen im Baugewerk.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der technische Vorgang bei der Erzeugung der Waren nicht belanglos ist für das Wesen der Organisation der beteiligten Arbeiter. Will eine Arbeiterorganisation die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten, so kann sie das nur, wenn sie die Möglichkeit hat, den ganzen Produktionsvorgang in ihrem Gewerbe zu beeinflussen. Es müssen also möglichst alle an der Herstellung eines und desselben Produktes beschäftigten Arbeiter zum einheitlichen Willen und zum solidarischen Handeln geführt werden können. Um den nötigen Druck auf das Unternehmertum ausüben zu können, bedarf es zwar nicht immer der Aktion aller Arbeiter eines Betriebes, oft genügt das Vorgehen einer verhältnismäßig kleinen, aber wichtigen Gruppe, um den Widerstand der Unternehmer zu erschüttern. Aber stets muß die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns da sein, stets muß die Organisation die Macht haben, bald diese, bald jenen taktischen Zug tun zu können. Stets muß sie die Gewißheit haben, das Vorgehen der Arbeiter nach einheitlichen Gesichtspunkten bestimmen zu können. Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit fehlt, daß ein gemeinsames Handeln notwendig werden könnte, muß sie die Macht, es zu entziehen, haben, um sich die Freiheit der Entscheidung zu sichern, um nicht auf der eigenen Seite mit unbekanntem Größen rechnen zu müssen.

Unsere Gewerkschaftsbewegung ist nicht, völlig nach diesen Grundätzen aufgebaut, und zwar aus bekannten Gründen. Unsere Verbände sind nicht, nach einem einheitlichen, zielkamen Willen, entstanden, sondern haben sich beruhtlich herausgebildet. Manche Vereine hatten sehr frühzeitig eine namhafte Organisation, andere kamen erst später dazu. Manche Organisationen konnten sich im wesentlichen ungestört entwickeln, andere hatten hinwiederum schweren inneren und äußeren Stürmen Widerstand zu leisten. So ist das Bild, das das heutige Gewerkschaftswesen bietet, in vielen seiner Züge vom Zufall bestimmt worden. Es ist zwar das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, aber es zeigt auch alle die Spuren der Zufälligkeiten, die in der Entwicklungszeit wirkten. Und darum entspricht unser Gewerkschaftswesen nicht der heutigen Produktions-technik, sondern trägt noch deutlich die Spuren der beruhtlichen Gliederung, wie sie vor zwanzig oder dreißig Jahren bestand. Allerdings hat sich schon früh das Streben gezeigt, die Organisation der Technik anzupassen, und die Schaffung der großen Industrieverbände ist ein Resultat dieser Bestrebungen.

Die technische Entwicklung der Produktion ermöglicht und bestimmt zugleich die Arbeitsteilung. In allen Gewerben, wenn auch nicht in allen gleichmäßig, sehen wir, wie sich die Herstellung des gebrauchsfertigen Produktes immer mehr in viele Einzelverrichtungen auflöst, wobei der einzelne Arbeiter nur noch einen Teil des Produktes herstellt, die übrige Arbeit anderen überläßt und dieselbe Tätigkeit wieder an neuen Produkten ausübt. Das hat die Herausbildung von Spezialgruppen zur Folge. Wie weit diese Entwicklung gehen wird, kann man heute noch nicht sagen, und wenn man auch vermuten muß, daß sie noch nicht abgeschlossen ist, so ist aber andererseits sicher, daß sie einmal eine Grenze findet, über die hinaus die Arbeitsteilung ihren größten Vorteil, die größere Rentabilität, verliert. Wendete man nun für alle die Spezialarbeiter und Spezialgruppen dieselben Organisationsgrundsätze an, wie sie beim Entstehen unserer modernen Gewerkschaften befolgt wurden, schäfe man

für jede dieser Berufsgruppen eine besondere Organisation, so sähe man bald einen Wirrwarr, der die gewerkschaftliche Arbeit ganz bedeutend erschweren müßte. Denn oft kann es vorkommen, daß eine Gruppe den Kampf einer anderen durch ihr Eingreifen unterstützen muß; das würde aber sehr erschwert sein, wenn die betreffende Gruppe eine besondere Organisation hätte, die natürlich immer versucht wäre, die Angelegenheit von ihrem speziellen Gruppenstandpunkt aufzufassen. Aber auch nach einer anderen Seite hin hätte ein solcher Zustand schwere Gefahren. Bei aller Spezialisierung der Arbeit bleibt doch zwischen den Angehörigen der verschiedenen Gruppen eine berufliche Verwandtschaft bestehen, die am meisten darauf beruht, daß sich die Spezialgruppen größtenteils aus dem Haupt- oder Muttergewerbe losgelöst haben, denn sie früher selbst angehört. Sie sind auch meistens nicht völlig aus ihm ausgeschieden, sondern kehren, wenn in ihrem Spezialberuf Arbeitsmangel herrscht, zu ihm zurück, manchmal nur für kurze Zeit, manchmal aber auch auf längere Dauer. So sind sie befähigt, die Arbeiter des Hauptgewerbes ersetzen zu können. Auch dieser Umstand könnte sich, wenn die Spezialgruppen besondere Organisationen hätten, in höchst gefährlicher Weise bemerkbar machen. Und noch eine dritte Art von Nachteilen der beruhtlichen Zersplitterung sei wenigstens kurz erwähnt. Die Kampfstatistik der modernen Unternehmerverbände geht in der Hauptsache seit mehreren Jahren dahin, auf Streiks einzelner Gruppen mit Aussperungen aller an der Herstellung desselben Produktes beteiligten Arbeiter zu antworten. Wir haben diese Fälle ja so häufig gehabt, daß man gar kein Beispiel anzuführen braucht. Auf diese Weise werden Arbeiter, die an der Einleitung des Kampfes ganz unbetätigt sind, die auf seine Führung gar keinen Einfluß haben, in opferreiche Kämpfe hineingezogen, oft in Augenblicken, wo sie darauf gar nicht vorbereitet sind. Sie müssen dann bluten, ohne zu wissen, wofür. Bei einem solchen Zustande wäre überhaupt kein planmäßiges Vorgehen mehr möglich, jede weitläufige Taktik könnte zu beliebigem Zeit durchkreuzt werden. Gegen diese schweren Nachteile der beruhtlichen Zersplitterung hat man sich zu schützen versucht, indem man unter den korrespondierenden Organisationen besondere Abmachungen traf, Kartellverträge und ähnliche Vereinbarungen, die indes stets nur eine begrenzte Sicherheit gewähren. Manchmal genügen sie, manchmal aber auch nicht. Wie schwer diese Nachteile empfunden werden, zeigte kürzlich die Konferenz der an den Seeschiffswerten beteiligten Verbände, über die wir in Nr. 3 des „Grundstein“ berichtet haben.

So sehen wir also aus diesen Darlegungen, daß das heutige Gewerkschaftswesen in bezug auf die Organisationsform noch, lange nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Für unser Baugewerbe hat die Frage noch eine besondere Seite, die sich nicht beleuchten läßt, ohne die technische Entwicklung in unserem Beruf wenigstens kurz zu kennzeichnen. Das Maurergewerbe ist in seiner Technik konservativ. Der eigentliche Arbeitsvorgang beim Mauern unterscheidet sich heute noch nicht wesentlich von dem, den wir aus den ältesten Überresten längstversunkener Kulturen kennen. Er hat die Zeit der Sklavienarbeit, die Zeit der Ränne und die Zeit des Kapitalismus überdauert, ohne sich anders als im Tempo zu ändern (wenn man von der Anwendung anderer Steinverbände absteht). Die Maschinen- wie die Frauenarbeit hat keinen Eingang gefunden, und es ist auch wohl nicht anzunehmen, daß es einmal geschehen wird, wenn man es auch nicht für alle Zukunft vernehen soll. In dieser Hinsicht hat das Maurergewerbe seinen alten Charakter bewahrt. Aber trotzdem

ist die neuzeitliche Technik nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Auch das Baugewerbe hat dem Prinzip der Arbeitsteilung seinen Tribut zahlen müssen. Es hat Spezialgruppen erhalten, und gar nicht wenig. Wir haben Züger, Kalkputzer, Stukkateure (namentlich die Kalkarbeiten verrichten), Fuger, Fliesenleger und andere mehr. Aber die einschneidendste Umwandlung hat den Weg nicht über die Arbeitsteilung, sondern über das Material gefunden. Der Beton, und besonders der Eisenbeton, diese schnellwachsenden Kinder der jüngsten Zeit, sind seit etwa zehn Jahren dabei, das Baugewerbe völlig umzugestalten. Der Beton an sich ist allerdings keineswegs erst eine Erfindung der neuesten Zeit, aber seine umfassendere Verwendung, und damit seine überragende Bedeutung für das Baugewerbe, ist noch nicht alt. Gegenwärtig wird er in großem Umfange als Baustoff verwendet; man kann fast sagen, daß gar kein größeres Bauwerk mehr entsteht, zu dem nicht der Beton in irgend einer Form beiträgt. Das Tiefbauwesen ist sozusagen vollständig vom Beton erobert worden. Abflußröhren aller Weiten, Tunnelkörper, Geleisefuß u. s. w., werden aus Beton hergestellt. Wo man früher Tonröhren verwendete, oder wo man zum Ziegel- oder Quadermauerwerk griff, da nimmt man heute den Beton. Hafenanlagen, Brückenbauten, Stromböschungen, sie werden in Beton hergestellt. Wo früher Miltönen Ziegelsteine vermauert wurden, da stampft man heute die graue Masse in die Gruben oder Schalungen. Der Vorzug dieses neuen Baustoffes liegt einmal in seinen geringeren Herstellungskosten, zum anderen aber in der Bequemlichkeit seiner Beschaffung und Verarbeitung. Ziegel- und Quadersteine müssen oft weit hergeholt werden, Zement aber ist leicht zu transportieren und Kies oder Steinschlag findet man schließlich in jeder Gegend. Für den Hochbau kam der Beton erst dann ernstlich in Betracht, als man ihn armierte, d. h. als man ihn mit Eiseneinlagen verfas. Dadurch wurde es möglich, ihm bei geringerem Rauminhalt eine größere Druck- und Zugfestigkeit zu geben, und nun konnte er auch im Hochbau verwendet werden. Zuerst geschah es in Amerika; aber bald hatte man auch bei uns die Vorteile der neuen Bauweise erkannt und führte sie gleichfalls im Hochbau ein. Man stellt aus Eisenbeton sowohl Ring- und Scheibewände wie Pfeiler, Balken, Böden und alle möglichen Konstruktionsteile her. Es braucht in diesem Zusammenhang nicht erwähnt zu werden, ob diese Bevorzugung des Betons gerechtfertigt ist — wir kennen keine Nachteile für uns, von denen die Erhöhung der Unfallgefahr am meisten fühlbar ist — wir haben hier nur die Tatsachen zu konstatieren und zu untersuchen, wie sie das Organisationsleben beeinflussen. Das muß man sich vor Augen halten, um so mehr, da sich die Betonbauweise stetig mehr ausdehnt und weitere Gebiete erobert. Schon heute stellt man ganze Gebäude in Beton bzw. in Eisenbeton her, und welche Resultate man dabei erzielen kann, zeigt uns das große Kaufhaus in Berlin an der Friedrichstraße, das nahezu vollständig in Beton hergestellt ist. Mag der Wohnungsbau aus mangelnden Gründen dem Beton vorläufig, vielleicht für immer verschlossen bleiben, die Geschäftshäuser, die Speicher, die Silos werden ihm bald alle verfallen sein.

Was ist nun die Folge dieser neuen Bauweise? Es kommt eine ganz besondere Gruppe von Bauarbeitern auf: die Zementierer, wie man sie genannt hat. Die berufliche Gliederung der Arbeiter, wie wir sie im altberuhtlichen Baugewerbe als Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter kennen, ist beim Betonbau zum großen Teil aufgehoben. Der sogenannte ungelernete Arbeiter mischt das Material und macht es

### Wirtschaftliche Rundschau.

#### Der Rückschlag für Seeschifffahrt und Schiffbau in England und Deutschland. — Aus- und Rückwanderung. — Außenhandel.

gebrauchsfertig (wenn es nicht von Betonwerken fertig angeliefert wird), schafft es an Ort und Stelle, baut die Schalungen für Pfeiler, Träger, Decken usw., stampft die Masse zu festen Gebilden, schält aus und liefert den Bau sozusagen fertig bis auf den Ausputz. Will und kann der bisherige Maurer nicht mäßig zusehen, daß ihm ein Stück seiner früheren Arbeit nach dem anderen entwandt wird, so wird er denselben Gang gehen müssen. Er wird versuchen, an der Karre vorzujucken, da aber die Ausputzarbeiten nicht ausreichen, alle durch den Betonbau überzählig gewordenen Maurer zu beschäftigen, so ist es das nächste, daß sie Einspäher und Stampfer werden und auf diesem Felde mit den „Ungelehrten“ in Konkurrenz treten; mindestens bei dem eigentlichen Aufbau des Gebäudes können also „Maurer“ und „Hilfsarbeiter“ in bunter Reihe neben einander arbeiten und sich gegenseitig ersetzen. Nicht anders kann es den Zimmerern ergehen, die jetzt Anstrengungen machen, sich die Einschaltungsarbeiten zu erobern, wozum sie sich bis vor kurzem so gut wie gar nicht gekümmert haben. In dem Betonbau werden alle Handwerkersorten verschwinden und in den Betonarbeiter, der je nach seiner Anstellung und in stetem Wechsel mit der Schaufel, mit Säge und Hammer, dem Stampfer oder dem Glättstein arbeiten muß, aufgehen. Ganz gleich, aus welchem Beruf sie aus stammen mögen, sie alle sind an der Herstellung eines und desselben Produkts beschäftigt, und zwar in einem zusammenhängenden, gar nicht trennbaren Arbeitsprozeß.

Wir greifen wieder zu dem zurück, was wir eingangs über die Erfordernisse der gewerkschaftlichen Aktion auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gesagt haben: Soll der Einfluß der Arbeiter wirksam sein, so muß er sich auf den ganzen Produktionsprozeß erstrecken und die Aktionen der Arbeiter müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten geführt werden. Beides wird durch den Umstand erwirkt, daß die Arbeiter in verschiedenen Verbänden organisiert sind. Dieser Umstand erschwert die Verständigung und leidet Bestrebungen der einzelnen Gruppen Vorschub, in engherigem Kampfegeist ohne Rücksicht auf die Nebengruppen ausschließlich ihre speziellen Interessen zu vertreten. Daß darunter die Plannmäßigkeit des Vorgehens, die Möglichkeit zu weitblickenden Dispositionen und damit die Sicherheit in der Kampfesführung leidet, wer wollte das absegnen? Die durch die Zerplitterung der Arbeiter herbeigeführte Differenzierung der Interessen wirkt aber auch notwendigerweise zerlegend auf die Solidarität.

Selbst bei reichlich vorhandenem guten Willen ist es fast unmöglich, bei der Organisation der Arbeiter Krieger mit den anderen beteiligten Organisationen zu verhindern. Denn alle hergebrachten Unternehmungsmerkmale werden hier mehr und mehr vernichtet. Der Abstand zwischen „gelernten“ und „ungelehrten“ Arbeitern verringert sich mehr und mehr, und in demselben Maße, wie dies geschieht, verringert sich die Möglichkeit, einer zweifelhafte Bestimmung über die Zuständigkeit dieser oder jener Organisation. Wenn das bisher nicht so augenfällig war, so ist das lediglich das Verdienst der in Betracht kommenden Organisationen, die bei der Schlichtung etwa aufeinander Grenzstreitigkeiten durch gegenseitiges Entgegenkommen stets eine Verständigung herbeiführten. Aber mit dem weiteren Vordringen der Betonbauweise wachsen die Verhältnisse schließlich auch den Leitungen über den Kopf.

Alle diese Umstände weisen auf die Notwendigkeit hin, die Organisationsverhältnisse im Baugewerbe dem veränderten Wesen des Arbeitsprozesses anzupassen. So wie sich dieser bei dem Vordringen der Betonbauweise mehr und mehr vereinhheitlich, so müssen auch die daran beteiligten Arbeiter zu einer einheitlichen Organisation drängen. Unter diesen Gesichtspunkten besonders ist die durch den Beschluß des Hannoverischen Verbandes aufgerollte Frage einer Verschmelzung der beiden größten baugewerblichen Arbeiterverbände, des Verbandes der Bauhilfsarbeiter und unseres Verbandes, zu beurteilen und zu diskutieren. Es ist nach diesen Ausführungen unmöglich, zu sagen, daß sich daraus ergibt, die angebahnte Verschmelzung nach Kräften zu fördern. Allerdings sind auch noch andere und nicht minder wichtige Gründe vorhanden, die in derselben Richtung wirken, von denen als besonders schwerwiegend die Entwicklung des Tarifwesens und der Lohnkämpfe genannt sei; aber diese weiteren Gründe sind bekannt und sind schon oft erwähnt worden. Es kam uns darauf an, einmal auf die Wirkung hinzuweisen, die die veränderte Technik im Baugewerbe auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiter ausübt. Wir machen uns nicht anheischig, damit alles gesagt zu haben, was zu dieser Frage zu sagen ist; es soll uns genügen, wenn wir mit dieser Studie überhaupt einmal die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise auf die Frage Technik und Organisation gelenkt haben.

Seeschifffahrt und Schiffbau sind zwei internationale Unternehmungswege, die mit am stärksten unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückschlag leiden.

Für England, das hier noch immer alle anderen Staaten weit überflügelt, liegen soben die Jahresübersichten von John White, von S. E. Mos & Comp. und einige andere, mehr statistische Berichte vor. Die letzte Depression, lesen wir in dem „Steamship Circular“ von Mos & Comp., übersteigt alles Gedachte; Dampfer, die kaum ein paar Jahre alt sind, wurden zu etwa der Hälfte ihres Ursprungspreises verkauft, während neue Schiffe nur mit beträchtlichem Verlust von ihren Eignern weiter veräußert werden können. Der Markt für schon in Dienst getretene Fahrzeuge ist überfüllt und es finden sich nur wenige Abnehmer. Neue Dampfer von 6000 Tons totum Gewicht, die vor wenigen Jahren mit 48 000 bis 50 000 Pfund Sterling verkauft wurden, sind heute für 38 000 Pfund Sterling herzustellen und entsprechend die anderen Schiffgrößen. Den Werften und Maschinenbauanstalten fehlt es an Aufträgen; oft bieten sie den Bau neuer Tonnage zu Preisen an, die hinter den tatsächlichen Kosten zurückbleiben, nur um ihre Betriebe in Gang zu erhalten. Die Preise für neue Dampfer standen niemals niedriger. Weiter wird jedoch darauf hingewiesen, daß gerade dadurch kapitalistisch geliebene Reeder, die jetzt zu abnorm niedrigen Preisen modernes Schiffsmaterial zu erwerben imstande sind, später gegen alle und minder leistungsfähige Fahrzeuge einen um so gefährlicheren Wettbewerb eröffnen werden. Nach John White haben die britischen Werften seit 20 Jahren, mit einziger Ausnahme des Jahres 1898, keine so niedrige Bauweise aufzuweisen. Schon 1907 war hier ein Rückgangsjahr, vor allem in der zweiten Hälfte. Über Ende September 1908 waren im Vereinigten Königreich von Kriegsschiffen abgeben, vollends nur 819 Schiffe von etwa 733 000 Gröhton im Wert, gegen 450 Schiffe mit 1 080 000 Tons zu derselben Zeit des Vorjahres. — Ferner Ende Dezember 1908 300 Schiffe mit 704 520 Tons gegenüber 433 Schiffen mit 948 830 Tons am 31. Dezember 1907.

Wesentlich lauter das Urteil der Hamburger Handelskammer über Deutschland. Durch das Einsetzen des internationalen Warenverkehrs hätten die Frachtsätze „einen seltenen Tiefstand“ erreicht und „ein erheblicher Teil der Tonnage keine Beschäftigung zu finden“ vermocht. Dabei seien die Rohpreise auf Grund der bestehenden Lieferungsverträge noch immer fortgesetzt hoch geblieben. „Viele Reeder gingen unter diesen Umständen dazu über, Schiffe aufzuliegen, ohne daß indessen eine Steigerung der Frachten zu erzielen war. Die ungünstige Lage, in welcher sich das Frachtgeschäft auf den meisten Routen infolge des starken Rückgangs des Warenverkehrs befand, lastete auch auf den Linienreedereien schwer. Nur in den letzten Monaten des Jahres schienen, wenigstens im ausgehenden Verkehr, die Verhältnisse sich wieder etwas bessern zu wollen, während heimtückend die Schiffe meist noch ungenügend beschäftigt fanden. Nicht minder unerfreulich als im Frachtverkehr lagen die Verhältnisse im Passagiergeschäft. Zwar hatte der Stillstand des Geschäftsliebens in den Vereinigten Staaten, der zahlreiche Reichsträfte drüben beschäftigungslos machte, eine starke Rückwanderung nach Europa zur Folge, die anfangs heftig einsetzte, aber im Laufe des Frühjahres bald abflaute. Die Beförderung dieser Rückwanderer vermochte aber die Reedereien nicht zu entschädigen für den starken Ausfall, welchen der Auswandererverkehr aufzuweisen hatte. Auch das Kajütspassagiergeschäft hatte eine empfindliche Einbuße zu verzeichnen. Nicht minder lastete die Unangunst der Verhältnisse auf den in freier Fahrt beschäftigten Dampfern. Ueberall wo Nachfrage nach Schiffsräumen zu erwarten war, häuften sich das Angebot so übermäßig, daß sich der Frachtmakler nirgends zu erholen vermochte.“

Wie gemöhnlich in kritischen Zeiten, so brach auch diesmal ein Teil der ungenügend beschäftigten Trampdampfer mit um so größerer Macht in dasjenige Gebiet ein, das sich sonst die Segel schiffahrt noch immer zu halten und mitunter sogar neu zu schaffen genügt hat: „Viele Segler mußten dem passivsten Nordamerika in Ballast oder mit niedrigen Holzfrachten versetzen, da ein großer Teil des Getreides mit Dampfern, und zwar zu niedrigeren Frachtsätzen als den von der internationalen Seglerunion festgesetzt, zur Verfrachtung gelangte. Auch der Salpetermarkt lag mit Ausnahme weniger Monate sehr zurück. Einmal günstiger gestalteten sich die Verhältnisse auf dem australischen Frachtmakler; doch machte sich auch dort der Wettbewerb der Trampdampfer recht fühlbar. In Großbritannien schritt eine große Anzahl Reedereien dazu, ihre Segelschiffe abzuliegen, und zwar zu sehr niedrigen Preisen. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind nicht ermutigend.“

Den tollsten Umschlag erlebte 1908 der transatlantische Passagiertransport. Seit vielen Jahren überwoog zum ersten Male der ostwärts von Amerika nach Europa gerichtete Menschenstrom die umgekehrte Bewegung, die wir früher allein als Auswanderung angesehen gewohnt waren. 859 481 Passagiere verließen die Gestade Nordamerikas, nur 670 680 Personen kamen von Europa nach Amerika. Der große Exodus (Auszug) der ausländischen Arbeitermassen, der gegen Ende 1907, ein paar Monate nach dem Oktoberaufstand der amerikanischen Böhmen und Polen begann, kennzeichnet also noch ganz überwiegend das Jahr 1908, obwohl gegen den Jahresabschluss eine allmähliche Verubigung eintrat und sogar eine Wandlung zum dauernden Wiederüberlegen der Einwanderung sich vorbereitete. Das Verlustkonto des Jahres 1908, mit nicht weniger wie 188 801 Personen, wird für Amerika wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus beispiellos bleiben.

Für den deutschen Waren-Außenhandel liegen die abschließenden Jahresziffern noch nicht vor, wenigstens nicht soweit, um die den Seeweg und damit die Seeschifffahrt dienenden Warenzufuhren und Einfuhren aus-

sonders zu können. Im britischen Ansehrich dagegen ist aller Import und Export auf die Meeresstraße und den Schiffstransport angewiesen; wir gewinnen hier also ein greifbares Bild der Transporteinrichtung für die Kaufkraftflotte. Dem Werte nach betrugen im Jahre 1908 die britischen Einfuhren 683,14 Millionen Pfund Sterling, oder 62,67 Millionen Pfund Sterling, gleich 8,2 pzt. weniger wie 1907 — die Ausfuhren 877,22 Millionen Pfund Sterling oder 48,82 Millionen Pfund Sterling, gleich 11,5 pzt. weniger wie im Vorjahre — endlich die Wiederausfuhren des englischen Vermittlungs-handels 79,87 Millionen Pfund Sterling oder 12,28 Millionen Pfund Sterling, gleich 18,4 pzt. weniger wie 1907. Die im Außenhandel eingeschriebenen Warenmassen sind allerdings bei weitem nicht darauf zusammengeschumpft wie infolge der sinkenden Preise die berechneten Warenwerte. Trotzdem muß der Eindruck auf die Schifffahrt schon von diesem einen Zentrallande aus ein ganz gewaltiger gewesen sein.

Es ist daher verständlich, daß selbst da, wo den Meeren vorübergehend bessere Chancen zu winken schienen, eine wilde Ueberkontrolle sofort entstand und alle Gewinnerausfichten im Sande des Lebens wieder herunterschaltete. Dies geschah beispielsweise, als die mageren Ernten in den meisten Ländern Europas eine außergewöhnlich große Kornzufuhr aus Argentinien erwarten ließen, dessen Ernte umgekehrt außerordentlich glänzend ausgefallen sein sollte. Diese günstige Frachtkonjunktur brach vollkommen zusammen, weil der angebotene Frachtraum von barmherzigen den Bedarf weit überstiegt. Eine internationale Vereinigung der Trampreedereien vereinbarte, um dem Sturz der Transportpreise Einhalt zu gebieten, Mindestfrachten für die Heimfahrt von La Plata. Aber es war den Getreideexporteuren ein Leichtes, Aufseher aufzusteigen, die jederzeit zu geringeren Preisen, die Transporte übernahmen. Die Vereinbarung scheiterte somit.

Der Seeschiffahrt geht es in guten Zeiten ähnlich wie der Kohlenproduktion. Sie bildet eine Art einheitlichen Brennpunktes für die frachtmäßig zusammenlaufenden Bedarfserwartungen aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen. Jede internationale Wirtschaftszweigung spiegelt sich in erster Linie in dem regeren oder ruhigeren Verkehr wieder, der die moderne Zeit mehr und mehr auszeichnet vor der Vergangenheit mit ihren viel ausschließlicheren Land- und Binnentransporten. Die Vermehrung des Schiffstraumes nimmt alsdann in der Hochkonjunkturperiode gewöhnlich einen jähen Aufschwung, dem unter, aber noch gefördert wird durch nationalpolitische Maßnahmen und durch künstliche Staatseingriffe, wie sie in anderen Erwerbszweigen meist viel mehr zurückzuführen sind. Ingeheuer ist alsdann der Absatz in Reeder- und Schiffbau zeitweilig heftiger als in den meisten anderen Anlagegebieten des Kapitals.

Berlin, 11. Januar 1909. Mag Schippel.

### Politische Umschau.

Reichstagsverhandlungen über Armenunterstützung, Baukontrollen und Arbeitskammergesetzgebung. — Die Frage der Arbeitslosigkeit im preussischen Dreiklassenparlament. — Der preussische Wahlrechtstreit. — Der erste Sozialdemokrat im braunschweigischen Landtage.

Von den Reichstagsverhandlungen der letzten Woche interessiert uns zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Entwicklung von Armenunterstützung auf öffentlichen Rechte. Der Entwurf bestimmt, daß als Armenunterstützung, die den Verlust öffentlicher Rechte bedingt, nicht anzusehen ist:

1. die Armenunterstützung;
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
3. Unterhaltungen zum Zweck der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
4. sonstige Unterhaltungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung außerordentlicher Notlage gewährt sind;
5. Unterhaltungen, die erstattet sind.

Die Sozialdemokratie und mit ihr die gesamte Arbeiterklasse hat es stets ein den Begriff des Reichsstaates und die Moral verbühnendes Unrecht angesehen und bekämpft, daß das Gesetz solche Staatsbürger, die durch die Not gezwungen sind, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, vom Wahlrecht ausschließt. Auf diese Weise geht der Arme nicht nur seines wichtigen staatsbürgerlichen Rechtes verlustig, er wird auch geradezu öffentlich infamisiert, mit dem Verbrecher auf eine Stufe gestellt, dem das Gericht die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Der Entwurf freilich befreit diesen Zustand nicht völlig; er ermet mit dem Begriff der Armenunterstützung nur insoweit, als er durch die Arbeiterverfassungsgesetzgebung mobilisiert worden ist. Ubrigens soll die Entscheidung der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Armen bestehen bleiben. Die Vorsitzführer der bürgerlichen Parteien hatten an dem Entwurf nicht viel auszufügen. Das Zentrum wünscht eine Verbesserung dahin, daß auch dauernde kleine Unterhaltungen, wenn sie unüberwindlich sind, nicht als Armenunterstützung angesehen werden. Die Konfessionen wollen einer „zu weit gehender“ Auslegung vorbeugen wissen. Und die Liberalen sind im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Dahingegen vertreten die sozialdemokratischen Abgeordneten Wünsche und Wünsche, die die Forderung, keinerlei Armenunterstützung mehr als Grund für die Entziehung öffentlicher Rechte gelten zu lassen. Der Entwurf ging an eine Kommission.

Zur Beratung der Petition der Bauarbeiterkommission in München, betreffend die Anstellung von Baukontrollen auf dem Arbeiterstande, nahm für die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnete Böhmberg das Wort. Er vermahnt zunächst darauf, daß sich der Reichstag bereits zweimal für die Forderung erklärt hat und sieht dann eine Abredung mit dem konservativen Abgeordneten Pauli, der die Anstellung von Arbeiterkontrollen bekämpft und dabei u. a. die unwahre Behauptung aufgestellt hat, daß die Bauvertragsverhältnisse „alles mögliche tun, um Unfälle zu verhindern“ und daß die meisten Unfälle von den Arbeitern selbst verursacht werden. Dann führte Böhmberg aus: Die Unfallfrage im Baugewerbe ist im Jahre 1907 wiederum gegen das Vorjahr gestiegen.

Das Baugewerbe rangiert mit dieser Pflanz an zweiter Stelle, gleich nach dem Bergbau. Und dieses Gewerbe ist nicht einmal der Gemeindeförderung unterstellt. Die Baugewerks-Berufsvereinigungen haben bewiesen, daß ihnen das Verbandsrecht für eine wirksame Bekämpfung von Unfällen fehlt, sonst hätten sie doch schon einmal wenigstens den Versuch unternommen, nach drei eigentlichen Gründen für die große Unfallgefahr zu forschen. Nachdem gegen die Baugewerks-Meinung und schärfen von den Arbeitern, von der öffentlichen Meinung und von Vertretern der Regierung die bestmögliche Tatfache erhoben worden sind, hätten sie doch mindestens auf den Grund zum Anlaß nehmen müssen, den Dingen einmal auf den Grund zu gehen. Aber nichts von alledem ist geschehen, sie haben sich über die seit Jahren an ihrer Haltung geübte Kritik einfach hinweggesetzt. Zum Glück von Unfallverhütungsvorschriften sind diese Berufsvereinigungen erst vom Reichsversicherungsamt gedrängt worden. Es hat viele Jahre gebraucht, bis sie sich zur Anstellung von Aufsichtsbearbeitern verstanden. Aber die Zahl dieser Beamten ist immer noch durchaus ungenügend. Im Jahre 1907 betrug sie 90, mit Einschluß der Tiefbau-Berufsvereinigungen 109. So kann auch heute von einer eigentlichen Kontrolle durch Aufsichtsbearbeiter noch nicht die Rede sein. Nur ein geringer Bruchteil der Betriebe wurde einer und dabei noch höchst ungenügender Kontrolle unterworfen werden. Es sieht fast, daß die Baugewerks-Berufsvereinigungen vollständig unfähig sind, die Frage der Beschäftigung der Bauarbeiter ohne Hinzuziehung der Arbeiter zu lösen.

Der Arbeiter wandte sich weiter gegen die absurde und gefährlich-tendenzvolle Behauptung, daß Arbeiter „nicht die nötige Befähigung“ zur Bauaufsicht hätten, und daß die Kontrolle aus der Arbeiterkraft ihre Stellung „zu agitatorischen Zwecken“ auszuüben würden. Um zu erstarken, dazu bedürfte die Arbeiterorganisation nicht des bescheiden agitatorischen Wirkens von Kontrollvereinen; sie sei groß und stark geworden ohne sie. Worauf es einzig und allein ankomme, ist die Arbeiter vor Unfällen zu schützen, zumal das Unternehmensrisiko in diesem Punkte schwer fündig. Auf Tausenden von Arbeitsplätzen sind nicht einmal die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt, wie der Zentralverband der Maurer festgestellt hat. Die Entwicklung des Baugewerks bringt es mit sich, daß die Gefahren für die Arbeiter in der Entwicklung der gefährlichen Kranarbeiten, an die Entwicklung des Betonbaues, an die Entwicklung der überaus gefährlichen Eisenkonstruktionsbauten. Gerade bei diesen passieren relativ noch mehr Unfälle als in Baugewerks-Überhaupt. Abhilfe läßt sich nicht auf dem Papier schaffen, Abhilfe ist nur möglich durch die Durchführung einer wirksamen Kontrolle, und eine wirksame Kontrolle ist nur möglich unter der Heranziehung von Arbeitern.

Der national-liberale Abgeordnete W. J. J. Konstantin, daß sich in Währen die Bauaufsicht aus der Arbeiterkraft vollkommen bewährt haben. Von einem „politischen Mißbrauch“ der Einwirkung habe dort nichts bemerkt; die Kontrollvereine hätten sich auch das Vertrauen der Arbeitgeber erworben. In demselben Sinne sprach sich auch der Abgeordnete Wieland von der sächsischen Volkspartei aus. Herr Pauli wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er seine große Unwissenheit, die Bauaufsicht dienen „agitatorischen Zwecken“, anrecht hielt! Die Petition wurde nach dem Antrage der Kommission dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung von Arbeitskammern nahm zwei Sitzungen in Anspruch. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg leitete sie ein mit einer längeren Rede. Er verwarf sie sich dagegen, von einem durchaus harmonischen Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern zu träumen. Aber er hoffe, beide Elemente, „näher zusammenzuführen zu können“ durch gemeinsames Wirken und so die bestehenden Gegensätze zu mildern. Die Redner des Zentrums, der National-Liberalen und der Freisinnigen erklärten ihre Sympathie mit der Vorlage. Auch die Konservativen ließen erklären, daß sie ihr „freundliches“ gegenübersehen. Den Standpunkt der Sozialdemokraten vertreten die Abgeordneten Legien und Sebering. Ersterer hielt sich zunächst an die alte Forderung der Partei, eine Dreigliederung der Arbeiterinteressenvertretung vorzunehmen mit einem Reichsarbetsrat an der Spitze. Die Forderung der Arbeiterkammer sei erhoben worden, um der Arbeiterklasse eine selbständige, von den Unternehmern unabhängige Vertretung zu sichern. Für diese Forderung hätten sich auf dem Göttinger Gewerkschaftskongreß 151 Delegierte, die 771 663 Arbeiter vertreten, erklärt, gegen 48 Delegierte, die 379 481 Arbeiter vertreten. Der Redner legte dann dar, daß, wenn eine paritätische Arbeitskammer geschaffen werden sollte, der Entwurf erheblich verbessert werden müsse. Den Interessen der Arbeiter müsse in viel höherem Maße Rechnung getragen werden. Die Organisation der Kammern dürfe nicht bürokratisch sein; sie müsse die Selbstverwaltung gewährleisten. Auch sei nicht ihre berufliche, sondern die territoriale Gliederung zu wünschenswert. Und die Arbeiter im Handels-, Schiffbau- und Bergbau-Gewerbe müssen in sie einbezogen werden.

Sebering erklärte, daß die Sozialdemokraten ihre Entschliebung lediglich davon abhängig machen, was das Gesetz hier. Die Arbeitskammern müssen mit Ernst und Gewalt ausgestattet werden. Für eine rein gutachtliche Tätigkeit seien Arbeiterkammern vorzuziehen. Der Entwurf ging an eine Kommission. Im preussischen Dreiklassenparlament wurde die vor den Reichstagsarbeiten begonnene und durch die unterbrochene Beratung der Interpellationen und Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosenfrage fortgesetzt. Der Winter Konig sieht in der Arbeitslosenversicherung eine Parallele auf die „Fehlheit“. Die sächsischen Arbeitslosen sollten nur auf Land kommen, da würden sie schon Beschäftigung finden. Aber streiten und sich unterhalten lassen, ist ihnen lieber. Der national-liberale Abgeordnete Lufsenky, der dazu noch vortragender Rat im Handelsministerium ist, trat als energischer Vertreter der Industrielassen in die Debatte ein. Er lang das alte Schlagwort, daß die Industrielassen durch die soziale Gesetzgebung schon sehr weit zu hoch belastet seien, demer durch die Waisen- und Waisenversicherung neue Lasten bedürftigen und die absolut nicht im Stande seien, auch noch die Lasten einer Arbeitslosenversicherung auf sich zu nehmen.

Von wie wenig Sachkenntnis sich Abg. Lufsenky-leiten läßt, zeigt seine Behauptung, die Arbeiter hätten zwar zur Zeit der Hochkonjunktur durch „immobilisierte“ Streiks sich höhere Löhne erzwungen, aber trotzdem hätten die Unternehmer jetzt die Zugewinne nicht reduziert. In der Wirklichkeit steigt leider die Sache vielfach anders aus. Den Sozialdemokraten wurde durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten!

Die preussische Wahlrechtsbewegung wird in der nächsten Zeit wieder lebhafter Gestalt annehmen. Im preussischen Abgeordnetenhaus sollen die Wahlrechtsanträge der freisinnigen Partei nächster Woche zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schamhaften Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen. Die Vertretung der kleinsten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist nur sieben Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Zunahme in Berlin und Hannover-Bünden müssen die Junger und Bourgeois, die früher die preussischen Landtagsmitglieder für sich monopolisiert hatten, den Scherz der entrichteten Volksmassen auch in der preussischen Kammer genießen. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur sieben Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelfällige Ungerechtigkeit dieser Karikatur eines Wahlrechts.

Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bureaucratie des preussischen Staates ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlformen beschäftigt, denen Erwägungen folgen sollen. Diese Erhebungen und Erwägungen werden unzulässig unterbrochen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preussischen Dreiklassenparlament. Das preussische Volk, das in seiner Art 1909 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenwahlrecht feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert geheimerisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in diesen Währen im Mai vorigen Jahres während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die letzter verflochtenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die graunige Grubenkatastrophe auf Zeche Madob zu erinnern!

Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Neben der preussischen Arbeiterabgeordneten brauchen ein millionenfaches Echo finden. In den Braunschweiger Landtag ist nunmehr der erste Sozialdemokrat gewählt worden, Dr. Jaiper. Er steigt im Stichwahlbezirk in der Wagswahl im dritten Wahlbezirk der Stadt Braunschweig mit 89 Wahlmännerstimmen über die beiden bürgerlichen Kandidaten.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernhin nicht mehr veröffentlicht.

#### Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

- Hansastädte:**
  - Hamburg** (Sperren bestehen über die Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grabsbrook und auf der Vulkanwerk, Schornsteinbaufirma Diedrich), **Lübeck** (Sperre über die Zwischenunternehmer Mädell & Jabs);
  - Schleswig-Holstein:**
    - Reudsborg** (Sperren über die Karlshütte und das Kokswerk in Andorf);
  - Pommern:**
    - Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke);
  - Mecklenburg:**
    - Sülze** (Sperre über Holdorf);
  - Königr. Sachsen:**
    - Leipzig** (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstrasse und Kantstrasse), **Mülten** (Sperren über E. Meier in Ortmansdorf und F. Döhn in Mülten-St. Niklaus), **Pirna** (Sperre über Wolf in Graupa), **Frankenberg** (Sperre über Winkler);
  - Provinz Sachsen und Anhalt:**
    - Merseburg** (Sperre über den Schulneubau in Schaafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmung Menzel und Schiedt);
    - Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf);
  - Thüringen:**
    - Ronneburg** (Sperre über Kretschmar), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler);
  - Hannover-Oldenburg:**
    - Misburg** (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), **Ostergolz-Ritterhude** (Sperre über Bahnbauten, UnternehmerrStabenow in Gütersloh), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks);
  - Westfalen und Rheinland:**
    - Düsseldorf** (Sperre über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), **Castrop** (Sperre über Velleuer);
  - Elsass-Lothringen:**
    - Strassburg** (Sperre über Schütterle).

### Fliessenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbruck & Mathes), Geln und Düsseldorf (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn).

### Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), Geln (Sperre über die Korkleithwerke), Chemnitz (Sperre über Ziegeler & Fritsche).

### Oesterreich:

#### Gau Stettin.

Maurermeister Settgast in Demmin, Mitglied des Reichsverbandes der Sozialdemokratie, Vorgesänger vieler Weiterprüfungs-Kommissionen, Inhaber vieler Ehrenämter und Vertrauensposten, kann es oder will es nicht verhindern, daß die Arbeiter ihren eigenen Weg gehen. Ihm gefällt es nicht, daß die Maurer den Quartalsstag durch Arbeitsruhe feiern und den Einfluß der Ausgeführten in unsere Organisation zu einer ernstlichen, würdigen Feier machen. Wie war es dagegen doch früher am Quartalsstag so schön! Ob die Gesellen wollten oder nicht, und meist wollten sie nicht, ganz gleich, die Herren Innungsmeister diffidierten alljährlich einen, auch zwei Tage Arbeitsruhe; der Herr amüsierte sich, folglich mußte auch der Anecht ruhig sein. Bei den dringenden Arbeiten wurden den Bauherren an solchen Tagen einfach keine Reute gefehlt. Seit der 1904 erfolgten Gründung unserer Zweigvereine wehrten sich die Maurer gegen diese selbstherrliche Annahme. Im Jahre 1908 wollte man angesichts der schlechten Konjunktur den ewigen Krieg vermeiden und so blieben die Gesellen geschlossen der Arbeit fern. Settgast erließ nun sechs Kollegen mit dem Bemerkten, „sie hätten zu seinen Feinden, wählten keine Interessierten, führten die Junggesellen der roten Gewerkschaft zu“ und noch viele andere schöne Dinge. Seine Volksworte bringt der Herr stets bei solchen Gelegenheiten unter. Auf Verhandlungen ließ sich Settgast, entgegen den klaren Bestimmungen des Tarifvertrages, nicht ein. Dem Gauborger wurde eine Unterbrechung mit dem Bemerkten ausgedrückt, „er solle nur an 1906 denken“ — 30 Wochen Aussperrung. Auf einen schriftlichen Antrag beim Arbeitgeber kam doch noch drei Wochen eine Antwort — gemäßigter als Neujahrswunsch —, der ein Schreiben von Settgast beilag, worin die Absicht einer Maßregelung abgelesen wird. Um persönliche Vorstellung beim Borliegenden des Arbeitgeberverbandes erlangen wir die Zusage, daß er dafür sorgen werde, daß bei Einstellung von Arbeitern diese sechs Kollegen in erster Linie berücksichtigt werden. Auch hier kam der Satz gegen unsere Organisation fast bei jedem Wort zum Ausdruck und nur aus diesem Satz ist es zu erklären, daß sich eine Ortsgruppe der Unternehmung ohne weiteres über klare Vertragsbestimmungen wegsetzt. Die Erklärung, daß es bei späteren Fällen nach der vertraglichen Bestimmung gehen soll, kann den Verstoß nicht entschuldigen.

Die Firma Grönmacher & Klein aus Jastrow baut in Damerke eine Kalksteinfabrik. Nachdem sie mit Kofski & Karves Freundschaft geschlossen hat, will sie den vertraglichen Lohn von 40  $\frac{1}{2}$  pro Stunde nicht zahlen. Am 7. Januar 1909 legten deshalb acht Kollegen die Arbeit nieder.

In Richtenberg-Franzburg sollte laut Vertrag eine vor dem 1. November 1908 tagende gemeinsame Kommissionierung die Lohn- und Arbeitsbedingungen für 1909 festlegen. In der am 1. Dezember 1908 stattgefundenen Sitzung beantragten unsere Kollegen 48  $\frac{1}{2}$  Stundlohn und 45  $\frac{1}{2}$  Randlohn. Die Unternehmer brachten das Vertragsmuster, das keine Lohnerhöhung bot, jedoch durch Zusage so verbessert war, daß eine bedeutende Verkleinerung herauskam. Da über die örtlichen Zusage mit den Herren nicht zu reden war, so jagen wir in der am 8. Dezember abgehaltenen Sitzung unsere Anträge zurück und beantragten Verlängerung des alten Vertrages. Am 23. Dezember diffidierten die Unternehmer die Einführung ihres selbstherrlich ausgearbeiteten Vertrages vom 1. Januar 1909 an. Auf den Wust fielen wir nun nicht hinein. Am 5. Januar fand wieder eine Sitzung statt. Die Unternehmer sprachen sich für die Verlängerung des alten Vertrages aus, doch wollten sie die Zusage so beschneiden, daß zu unterlegt nichts davon übrig geblieben wäre. Bezeichnend ist folgender Antrag der Unternehmer: „Lohnzeit und erhöhte Unterhaltungskosten muß der einzelne bei Landarbeit im Interesse des zu leistenden Werkes machen. Geschäftsbildung wird nicht gesahlt.“ Zu einem formellen Abschluß kam es nicht, jeden Augenblick kann die Freundschaft in die Brüche gehen.

In Schweinmünde ist der bisherige Vertrag, der sechs-kündige Arbeitszeit und 47  $\frac{1}{2}$  Lohn pro Stunde vorsieht, bis zum 1. April 1910 verlängert worden. Die wenig günstige Arbeitslage zwang zu diesem Schritt. Öffentlich bieten die in diesem Jahre geplanten öffentlichen Bauten einen vollen Ersatz für die schwache Privatbauwirtschaft.

Der Unternehmer Wille in Treptow a. d. Rega füllte am 9. Januar den Lohn von 45  $\frac{1}{2}$  auf 40  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Es scheint Regel zu werden, die Unternehmer lassen nur Verträge mit schlechten Bestimmungen für die Arbeiter. Für alle günstigen Stellen haben die meisten ein sehr weites Gespinn. Die in Betracht kommenden acht Kollegen legten sofort die Arbeit nieder. Öffentlich zwingt man den Herrn zur Vertragsbreche.

In Wolbenberg wurde im Juni 1908 bei der Streikbeendigung nur für 1908 Waffenschrift gemacht. Für 1909 sollte eine im November 1908 tagende Sitzung die Abschlüsse treffen. Einer Lohnerhöhung waren die Herren nicht abgeneigt, nur wollten sie ihre Kostenanschläge danach einrichten können. Die alte, ewig neue Ausrede; doch Vertrauen ehrt. Unsere Kollegen wählten sich im November vertrauensvoll an die Unternehmung und wollten, wie vorauszusetzen, erfahren, daß die Herren gar nicht geht sein wollen. Die Antwort besagt: Der alte Lohn bleibt für 1909/10, weil in Friedberg im Jahre 1908 1  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  pro Stunde weniger gezahlt ist als in Wolbenberg; bis zum 2. Februar erwarte man unsere bestimmte Erklärung. Die Antwort sind wir noch schuldig.





**Tanzig.** Am 7. Januar hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Dreffien referierte über Lohnkämpfe in der Zukunft und ihre heutige Form. In 'Verschiedenes' gab Kollege Grünhagen zunächst Aufklärung über die Arbeitsarbeit bei dem Unternehmer W. Lafer. Es soll den noch arbeitenden Kollegen ein Ueberblick ausgeführt worden sein, der einen Durchschnittslohn von 87 s für die Stunde ausmacht. Für die entlassenen Kollegen ist nichts herauszukommen, da die Schlichtungskommission von vornherein abgelehnt wurde. Beim Zinnungsgerichtsgericht, das stark reaktionär ist und sich eventuell auf den Standpunkt stellt, daß Sonderverträge abgeschlossen werden können, wird auch nichts herauszukommen sein; dennoch wird Mitarbeiter veranlaßt werden, den Kollegen die eingehaltenen 40 s pro Tag auszugeben. Kollege Adam beantragte, in einer der nächsten Versammlungen etwas über Tarifverträge vorzutragen. Der Antrag wurde angenommen. Dann sind vom Vorstande 100 Broschüren bestellt. Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen? Preis 10 s. Es wird gewünscht, daß jeder Kollege diese so mögliche Anzahl kauft. Ferner soll eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen werden. Diese soll als Grundlage dienen zur eventuellen Durchführung von Arbeitslosenunterstützung. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Ditfel.** Am 6. Januar tagte hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Kollege Koster begrüßte die Kollegen im Namen des Vorstandes zum ersten Mal im eigenen Heim, das sich die organisierte Maurerschaft aus Mitteln der Lotterielose gemietet hat, und wünschte jedem ein glückliches neues Jahr. Er schilderte mit drastischen Worten das Jahr 1908 in seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Auch uns brachte es gleich zu Anfang einen schweren Kampf, da wir im Frühjahr vor der Gemeinderatswahl standen. Und wenn jeder Kollege damals seine Pflicht getan hätte, wäre es uns auch möglich gewesen, unsere Vertreter durchzubringen, da uns nur vier Stimmen an der absoluten Mehrheit gefehlt haben. Ferner gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht vom Vorstande, freifte mit kurzen Worten die letzte Gaukonferenz und legte jedem Kollegen ans Herz, auch im neuen Jahre treu zur Fahne zu stehen, da wir im neuen Jahre schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen. Hierauf gab Kollege Kante den Kassienbericht und hinterher den Jahresbericht der Lotterielose. Demnach hatte die Lotterielose A 478,22 Einnahme und eine Ausgabe von A 431,31, somit einen Kassienbestand von A 88,91. Nachdem die Revisoren betont hatten, daß sie die Abrechnung geprüft und für richtig befunden hätten, wurde dem Kassierer und dem Gesamtvorstande Dank gesagt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: erster Vorsitzender Joh. Krast, Franz Kante, Kassierer. Zu der Agitation führte Kollege Krast an, daß uns durch die Krise viele Mitglieder verloren gegangen sind. Da sich unser Zweigverein aus 58 Haushalten zusammensetzt, wäre es notwendig, eine Winteragitation zu entfalten; weil es tags über an den nötigen Mitteln fehlt, wurde der Vorstand ersucht, sich in dem Falle an den Hauptvorstand zu wenden. Unter 'Verschiedenes' wurde beschlossen, ein Wintervergütungen als 'Verschiedenes' abzuhalfen. Nach dreifündiger Dauer wurde die impopuläre Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

**Diffendorf.** (Sektion der Zementarbeiter.) Am 10. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Petuch, gab einen kurzen Ueberblick über die Arbeitslosigkeit im verfloffenen Jahre. Sie war durchweg schlecht. Die Arbeitslosigkeit, die manche Kollegen gezwungen hat, andere Beschäftigung zu suchen, hat auch einen erheblichen Mittelverlustr verursacht. Wir müssen uns bemühen, diesen Verlust in diesem Jahre wieder einzubringen, indem wir alle rufflos für die Ausbreitung der Organisation tätig sind. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden als erster Vorsitzender Kollege L. Petuch wieder- und als Kassierer Kollege D. Nister neu gewählt. Ferner wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Nachdem der Vorsitzende noch zu regem Veranlassungsbezug aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Elbing.** Der Zweigverein hielt am 10. Januar seine Generalversammlung ab. Kollege Koth gab einen Rückblick auf das verfloffene Jahr. Unter anderem war besonders die schlechte Konjunktur hervorzuheben, die unseren Kollegen arg mitgespielt hat; doch hat das unsere Kollegen nicht abgehalten, ihre Beiträge möglichst voll zu entrichten. Rückständig waren nur 21 Kollegen mit insgesamt 129 Wochenbeiträgen. Der Vertrag wurde von den Unternehmern, bis auf einen, innegehalten; auch dieser mußte schließlich gute Miene zum bösen Spiel machen. Die Lotterielose hatten eine Einnahme von A 1592,88 und eine Ausgabe von A 1077,31; es bleibt somit ein Kassienbestand von A 515,57. An Warten wurden 8550 Stück umgekehrt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 215. In Lengen konnte im Jahre 1908 eine Zahlstelle gegründet werden. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassierer, Kollegen Thimm, Entlastung erteilt. Die alten Verwaltungsmittelglieder wurden zum größten Teil wiedergewählt. Mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

**Hensburg.** Am 14. Januar tagte in der 'Hoheluft' die diesjährige Generalversammlung des Zweigvereins, die zinnermaßen gut besucht war. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Kollege Weister erstattete die verschiedenen Abrechnungen und den Jahresbericht. Die Hauptkasse hatte im vierten Quartal eine Einnahme und Ausgabe von A 1555,70. Die Lotterielose hatten eine Einnahme von A 903,10 und eine Ausgabe von A 633,08; so daß ein Kassienbestand von A 170,02 verbleibt. Das Weihnachtsgeldvermögen erforderte einen Aufschuß von rund A 80, zur Abtragung des Darlehens wurden A 150 verwendet. Dem Gesamtvorstand sind folgende Zahlen zu entnehmen. Der gesamte Wartenumsatz belief sich auf 15 103 Stück, und zwar folgender Art: 24 Eintrittsmarken à 60 s, desgleichen 9 à A 1,60, 439 Arbeitslosenmarken, 619 Beitragsmarken à 55 s, desgleichen 10 627 à 80 s, 2114 Kolportagemarken à 15 s und 1273 Extramarken à 50 s. Die gesamte Jahreseinnahme belief sich

auf A 10 039,65. An den Gewerkschafts-Hausbaufonds wurden A 965, und an das Kartell A 73,15 abgeführt; A 900 wurden insgesamt auf unser Darlehn zurückgeführt, so daß nun noch ein Restsaldo von A 800 besteht. Versammlungen haben im Jahre 1908 19 stattgefunden, davon vier mit Besoldungen. Vorstandswahlen haben 15 stattgefunden; jedoch sind Kassierer und Vorsitzender aus jedem Sonnabendabend auf der Versammlung anwesend, um auf allen möglichen Gebieten die Neuwahl des Vorstandes, wobei alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Alsdann brachte Kollege Weister das von der Innung eingegangene Schreiben betreff eines Tarifabschlusses zur Kenntnis. Die Innung hat beschlossen, den Stundenlohn vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 auf 60 s zu erhöhen, ebenso wurden uns die früher geforderten Zuschläge auf verschiedene Arbeiten zugesprochen. Der Vorstand wurde beauftragt, wegen einiger kleiner Änderungen noch einmal mit dem Innungsvorstand zu sprechen. Der dann abzuschließende Vertrag wird nach allgemeinem Wunsch abzuwarten sein. In der Vertragsfrage wurde einstimmig beschlossen, vom 1. April an einen Beitrag von 80 s zu erheben, um dadurch unseren Finanzen auf die Beine zu helfen. In Sachen der Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, diese von untern benachteiligten Kolporteurern ausführen zu lassen und wenn notwendig, jedem derselben einen zuverlässigen Kollegen zur Seite zu stellen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Notwendigkeit des Befens der Parteigeitung sowie auf die Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Wahlverein hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung.

**Gulberg.** Am 11. Januar hielt der Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Die Wahl verlief sehr ruhig, da sich die Kollegen freiwillig zu den Leitern meldeten. Als Vorsitzender wurde der Kollege R. Seliger gewählt und als Kassierer der Kollege H. Benedix, als Hilfs- und Bankkassierer die Kollegen A. Ebert und B. Knappe. Dann wurde die Abrechnung verlesen. Der Lotterielosebestand beträgt A 150,89. Bei Punkt 'Verschiedenes' wurde die Lohnkommission aufgefordert, eine neue Lohnkartei für 1910 auszuarbeiten und in der nächsten Versammlung vorzulegen.

**Hersfeld.** Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zunächst gab der Vorsitzende den Jahresbericht; zu diesem Bericht nahm der Kollege Schröder das Wort. Nach einer kräftigen Ermahnung schilderte er die Vorgänge des verfloffenen Jahres. Nachdem gab der Kassierer den Kassienbericht vom vierten Quartal, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. In 'Verschiedenes' gab der Vorsitzende den Bericht von der Unternehmerrichtung, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde; hierin wurden etliche Kollegen scharf gerügt, weil sie unter dem Lohnkartell gearbeitet haben. Ferner wurde noch gewünscht, daß die noch unter dem Lohnkartell arbeitenden Maurer, die nicht organisiert sind, so schnell wie möglich unserem Verbande zugewandt werden möchten. Es wurde den Kollegen ans Herz gelegt, die Versammlungen in diesem Jahre besser zu besuchen. Darauf Schluß der Versammlung.

**Jena.** Am 10. d. M. tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Anwesenden im neuen Jahr, ersucht sie, regen Anteil an den diesjährigen Arbeiten innerhalb der Organisation zu nehmen. Der Kassierer erstattete hierauf den Kassienbericht vom vierten Quartal. Der Kassienbestand in der Lotterielose stieg infolge des zu Anfang vorigen Jahres wieder eingeführten Lotterieloses um etwas über A 1200 auf habequ A 2000. Die Mitgliederzahl bewegte sich im Laufe des Jahres zwischen 270 und 295; diese Zahlen beweisen, daß der Zweigverein gegenwärtig über einen stabilen Bestand von Mitgliedern verfügt, während dies in den frühjahrs Jahren nicht der Fall war. Dem Kassierer wird auf Antrag der Revisoren Dank gesagt. Im anschließenden Jahresbericht des Vorstandes wird den Kollegen ein Rückblick gewährt über das verfloffene Jahr. Was in den früheren Jahren durch zwei Kämpfe nicht errungen werden konnte, wurde in diesen Jahren erreicht. Auf Grund des abgeschlossenen Vertrages mit dem Arbeitgeberverband wurde auch für Jena zum ersten Male eine untere Grenze des Lohnes festgesetzt. Der Mindestlohn beträgt gegenwärtig 46 s und vom 1. April d. J. ab 46 s pro Stunde. Obwohl sich noch einige Unternehmer um diesen Mindestlohn herumzudrücken versuchen, wird es doch möglich sein, ihn in der nächsten Zeit überall, auch bei den nicht dem Bunde angehörenden Unternehmern, Geltung zu verschaffen, wenn die Kollegen nur ständig ihre Pflicht erfüllen. Die Beitragszahlung war im verfloffenen Jahr, wie in den vorhergehenden Jahren, ebenfalls gut; nur wenige Mitglieder weigern sich, die am Orte eingeführten Arbeitervertragsbeiträge zu bezahlen. Die Bautätigkeit im vergangenen Jahr ist im Vergleich gegen die Vorjahre eine mittlere zu nennen. Bei der Neuwahl der Verwaltung des Zweigvereins wurden die bisherigen Verwaltungsmittelglieder fast einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des stellvertretenden Vorsitzenden, der auf eine Wiederwahl verzichtete. Es wurde beschlossen, die bisherige Beitragsnorm vorläufig beizubehalten. Am Schluß der Versammlung wurden die Anwesenden mit dem vom Hauptvorstand eingeführten Arbeitslosenunterstützung vertraut gemacht und an sie das Ergehen, gestellt. Die Verwaltung sowie die erforderlichen Zahlen in jeder Hinsicht zu unterstützen.

**Kaufbeuren.** Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zunächst verlas der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung. Es wurden A 931,68 an die Hauptkasse abgeben. Laut Jahresabrechnung betrug die Einnahme der Lotterielose A 579,02, die Ausgabe A 200,82. Davon sind A 250 bei der Sparkasse angelegt. Eingetretene sind im Jahre 1908 67 Mitglieder, davon waren 12 schon einmal Mitglieder. Abgemeldet haben sich 34 und abgemeldet 32 Mitglieder. Gestorben sind 3 Mitglieder. Von den Revisoren berichtete Kollege Neureuter, daß sie neunmal revidiert und die Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden haben, worauf dem Kassierer Dank erteilt wurde. Die Verbandsgefähre erledigten sich in 11 Mitglieder-Versammlungen, 10 Sitzungen und 9 Kassienrevisionen; ferner wurden 25 Briefe und 16 Postkarten geschrieben. Der Vorsitzende,

gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr. Das abgelaufene Jahr könne ein ruhiges Jahr genannt werden; der Tarif wurde von Seiten der Unternehmer und auch von den Kollegen gut eingehalten. Etwas Schwierigkeiten machten uns die italienischen Maurer; sie erklärten uns, daß im Tarif nicht für sie georgt worden sei. Wir erklärten ihnen, das ihre Affordanten schuld seien, daß sie weniger Lohn ausgezahlt erhalten. Würden die italienischen Kollegen in die Organisation eintreten, so würden auch ihre Affordanten zur Zahlung eines höheren Lohnes gezwungen werden. Agitation wurde von der Verwaltung in Pflizen, Mindelheim und Birkhofen betrieben, wo wir auch im Sommer über einige Erfolge hatten. Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege Josef Glojer als erster Vorsitzender und Mathias Mayr als Kassierer wiedergewählt; auch die übrigen Ausschußmitglieder wurden wiedergewählt. Die Verwaltung stellte den Antrag auf Einhebung einer Agitationskommission, der auch angenommen wurde; 5 Kollegen wurden dazu gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, den 'Grundstein' fleißig zu lesen, auch die Bibliothek besser zu benutzen und die Versammlungen wie bisher fleißig zu besuchen. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands schloß die Versammlung.

**Kiffingen.** Montag, den 4. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der Kollege Engelhardt aus Würzburg erschienen war. Zuerst verlas der Schriftführer sämtliche Protokolle vom vergangenen Jahr. Dann erstattete der Kassierer den Kassienbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung, worauf Kollege Bel dem Kassierer im Namen des Vereins den öffentlichen Dank aussprach. Alsdann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden Philipp Pfeil als erster Vorsitzender und Stephan Pfeil als Kassierer. Im Punkte 'Verschiedenes' stellte der Vorsitzende den Antrag, für die Inhabilitäten in der 'Marhütte' den Betrag von A 5 zu übernehmen. Hierzu ergreif Kollege Engelhardt das Wort und schilderte den Kollegen, weshalb die Kollegen in der 'Marhütte' zu einer schwereren Justizstrafe verurteilt worden sind und befürwortete den Antrag des Vorsitzenden. Der Antrag wurde angenommen. Ferner hielt Kollege Engelhardt einen lehrreichen Vortrag über Arbeitslosenunterstützung und Agitation. Besonders forderte er die Kollegen auf, in der Agitation nicht zu ermüden, da in unserem Gebiet noch viel zu tun wäre, namentlich im Röhnggebiet, wo noch kein einziger Mann organisiert ist. Ferner wurde im Punkte 'Verschiedenes' die Maßregelung auf dem Bau des Unternehmers Gimpler besprochen; es wurde scharf gerügt, daß auch Kollegen weiter arbeiteten. Zuletzt wurde noch der Antrag gestellt, den Delegierten zum Kartell für jede Versammlung 60 s zu genehmigen. Dieser Antrag wurde angenommen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

**Königsblütte.** Am 7. Januar tagte im Gewerkschaftslocale unsere diesjährige Generalversammlung. Der Kassierer gab die Quartals- und Jahresabrechnung. Der Jahresbericht lautet folgendermaßen: Die Mitgliederzahl betrug am Jahresbeginn 188, gegen 103 zu Beginn des Jahres. Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 109, wovon 20 schon einmal Mitglieder waren. Es wurden 5411 Beitragsmarken an die Mitglieder verabsolgt. Die reine Einnahme der Hauptkasse betrug A 2288,90. Das Ausgabekonto der Hauptkasse weist folgende Posten auf: Krankenunterstützung A 149,20, Sterbekostenunterstützung A 35, die Einnahme der Lotterielose betrug A 908,15, die Ausgabe A 753,44. Bestand: A 156,01. Die Ausgabe der Lotterielose setzt sich so zusammen: Gaubeitrag A 37,70, Kartellbeitrag A 92,20, statistische Aufnahme und Bautenkontrolle A 29,25, Schriften und Agitation A 88,75, persönliche Verwaltungskosten A 95,07, für Einziehung der Beiträge, für Veranlassungsettel und sonstige sachliche Verwaltungskosten A 410,17. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 22 Sitzungen. Es wurden im ganzen 11 Versammlungen abgehalten, die alle gut besucht waren. Die Tätigkeit der Revisoren muß hier scharf kritisiert werden, weil sie ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. Von den jetzt Gewählten wird Besteres erwartet. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurde zum ersten Vorsitzenden Kollege Wölfl Bugiel, als Kassierer Kollege Albert Wotzgen gewählt. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre das Baudelegiertenwesen einzuführen und an allen Arbeitstellen tüchtig die Agitation zu entfalten. Es wurde allen Mitgliedern ans Herz gelegt, die Arbeiterpresse ('Vollstnacht') zu abonnieren und ein eifriger Leser derselben zu werden, um auch in der Agitation wie auch in der Bewegung für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einen tüchtigen Mann zu stellen. Die Versammlung beschloß, dem Kollegen Weichert eine einmalige Notstandsunterstützung von A 10 zu geben, weil er seit längerer Zeit krank ist und sonst von keiner Seite unterstützt wird.

**Konitz.** Wir geben hiermit unseren Kollegen die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug: Für 1 Eintrittsmarkte à M. 1,50, 8 Eintrittsmarken à 50 s = M. 4, 642 Beitragsmarken à 40 s = M. 256,80, 520 Beitragsmarken à 35 s = M. 182 und 186 Arbeitslosenmarken à 25 s = M. 46,50. Zusammen M. 490,80. Dem stand folgende Ausgabe der Hauptkasse gegenüber: An die Hauptkasse abgeben M. 821,24, Krankenunterstützung an vier Mitglieder M. 71,20, Anteil des Zweigvereins an den Eintrittsgeldern und Beiträgen M. 98,36. Zusammen M. 490,80. Die Einnahme der Lotterielose betrug: Kassienbestand vom vorigen Quartal M. 150,54, Anteil an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M. 98,36, 72 Kolportagemarken à 10 s = M. 7,20, 8 Kalender à 50 s = M. 4, 31 Futterale zu Mitgliedsbüchern à 10 s = M. 3,10. Zusammen M. 263,20. Die Ausgabe der Lotterielose betrug: Für 30 Verbandskalender à 50 s = M. 15, 5 Verbandsstagsprotokolle à 20 s = M. 1, 50 Futterale an Mitgliedsbüchern M. 5, Beiträge an den Gauvorstand M. 10,50, für die Jahrestellen in Müllendorf M. 5,26, Ruppe M. 6, Schlochau M. 7,90, Zudel M. 9,21, Agitation innerhalb des Zweigvereinsgebietes M. 11,40, persönliche Verwaltungskosten: a) an den Vorsitzenden M. 10, b) an den Kassierern M. 12, c) an Sitzungsgeldern M. 5,30, d) an die Revisoren M. 4,50, e) sonstige persönliche Ausgaben M. 3,50; sachliche Verwaltungskosten: a) Beheizung und Utensilien M. 1,50, b) Porto und Bekleidung M. 8,65, c) Schreib-

materialien M. 240, d) Korpportage des „Grundstein“ und Eingehung der Beiträge M. 22,85, Verhältnis M. 4. Zusammen M. 145,46. Die Einnahme betrug M. 263,20, die Ausgabe M. 145,46, es bleibt also ein Restbestand von M. 117,74. Dieser Bestand verteilt sich in folgender Weise auf die einzelnen Orte: Konig M. 52,99, Müstendorf M. 35,19, Schlochau M. 29,56; Kappel, Gerst und Juchel haben keinen Bestand. Der Zweigverein umfasst 6 Jugendstellen mit rund 160 Mitgliedern. Die Abrechnung ist vom ersten Vorsitzenden Franz Jenner und von den Revisoren Otto Heinnann und Karl Roggenbuck revidiert und für richtig befunden worden.

**Sauba.** Am 10. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst verlas der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht, der revidiert und für richtig befunden wurde. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gemäß wurden als erster Vorsitzender Kollege Karl Göbe, an Stelle des ersten Kassierers, der auf eine Wiederwahl verzichtete, Kollege Wilh. Burzel. Nachdem die übrigen Vorstandsmitglieder gewählt waren, gab Kollege Wille der neuen Verwaltung anheim, ihre Aemter treu und gewissenhaft zu verwalten. Ferner machte er auf die vom Verbandsvorstand ausgeschiedene Arbeitslosgeschäft aufmerkzaam und ermahnte zu gewissenhafter Ausführung dieser Arbeit. Sodann erfolgte der Beschluss der nun mächtig bescherten Versammlung.

**Anmeldung des Schriftführers.** Wenn wir uns seit Beendigung unserer vorjährigen Lohnbewegung den Besuch unserer Mitgliederversammlungen etwas näher ansehen, so muß die traurige Tatsache konstatiert werden, daß auf diesem Gebiete viel zu wünschen übrig bleibt. So konnten im vergangenen Jahre nicht weniger als fünf Versammlungen wegen allzu schwachen Besuchs nicht stattfinden. Folgende: Wenn diese Sache zu weiter geht, dann wird es kaum möglich sein, vorwärts zu kommen. Darum aufgefordert und hinein in die Versammlungen, wo ein jeder Kollege seine Meinung frei zum Ausdruck bringen kann. Inwieweit mit allen persönlichen Tendenzen! Nur dann wird es uns möglich sein, Fortschritte auf dem Gebiete unserer Organisation zu machen.

**Red.** Der hiesige Zweigverein hielt am 10. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Zuerst gab der Vorsitzende, Kollege Jelinek, den Geschäfts- und Kassenbericht von 1908. Die Kollegen waren dann sehr zufrieden und wünschten, daß die Geschäfte des Vereins stets zur Zufriedenheit aller Mitglieder so wie bisher geführt werden möchten. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Kollege Jelinek wurde als Vorsitzender wiedergewählt, desgleichen auch der Kassierer, Kollege Walenbi. Nun ergriß Kollege Jelinek das Wort und legte in seinen Ausführungen den Kollegen klar, daß es nötig ist, mit einer Lohnfrage an die Unternehmer heranzutreten. Die Lohnkommission soll im Monat März, spätestens am 1. April d. J., den neuen Lokaritäten den Unternehmern unterbreiten, denn der alte Tarif läuft am 15. April ab. Unter „Verständenes“ habe der Vorsitzende, Kollege Jelinek, die sämlichen Kollegen, die den Lokalbeitrag nicht bezahlen wollen; hierauf verpackte sie, alles nachzuholen. Außerdem sprachen noch die Kollegen Gollup und Piffarrel über die Alford- und Heberstandarbeit. Einzelne Mitglieder können diese verbundene Arbeit nicht begeben, und wurden deshalb mit der Strafe belegt. Für den zweiten Fall soll Ausschluß erfolgen. Ferner wurde beschlossen, im Laufe dieses Monats einen Ferienabend zu veranstalten. Zum Schluß dankte der Kollege Jelinek für den guten Verlaufsbericht und ermahnte noch die Kollegen, auch fernherhin dem Verbande treu zur Seite zu stehen.

**Marn.** Am 10. Januar hielt unser Zweigverein seine Jahresversammlung ab. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Müller als erster Vorsitzender und Kollege G. Huren als erster Kassierer gewählt. Als Vereinslokal wurde das Lokal der Witwe Kruse gewählt. Bei Punkt „Verständenes“ forderte der Vorsitzende zum Eintritt in den sozialdemokratischen Verein und zum Lesen der „Volkszeitung“ auf.

**Nowawes.** Am 9. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Seidenreich, hieß zunächst die Anwesenden zum neuen Jahre herzlich willkommen und gab dann die reichhaltige Tagesordnung bekannt. Der Kassierer Neulude ermittelte den Kassenbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Die Einnahme betrug M. 3471,30, die Ausgabe M. 2251. Kassenbestand M. 1220,90. Die Abrechnungen wurden von der Versammlung bestätigt. Angemeldet hatten sich die Kollegen Dörfer, Emil Hübler und Paul Schöndt. Hierauf sprachen dann mehrere Kollegen ihren Dank aus für die zum Weihnachtsfest erhaltene Unterstützung aus der Lokalfasse. Als dann teilte Kollege Seidenreich Näheres mit über die Kollegen von Dreiwitz, die eine Hilfszahlstelle von uns mit 28 Mitgliedern bilden. Diese Kollegen hatten es aber nicht für nötig gehalten, auch nur einmal im Jahre in der Versammlung zu erscheinen und haben deshalb nicht die geringste Abrechnung von der Sachlage in unserem Lokale. Sodann gab der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht des Vorstandes und teilte u. a. mit, daß noch mehrere Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, 5 Lokalaufschuß für jede verlaufene ortsbildende Beitragsmarke einzuführen. Hierauf erfolgte die Wahl des Zweigvereinsvorstandes. Gewählt wurden als erster Vorsitzender B. Pfah, als erster Kassierer K. Witt. Darauf wurde unter „Verständenes“ vom Kollegen Lorenz beantragt, wie alljährlich, auch in diesem Jahre ein Wintervergütigen zu feiern. Es soll am 20. Februar stattfinden. Es wurde dazu eine Kommittee gewählt. Hierauf erfolgte der gut bescherten Versammlung.

**Ostelsburg.** Hier gelang es uns im dritten Quartal 1908, einen Zweigverein ins Leben zu rufen, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es ging auch alles ganz gut vorwärts, bis die Kollege auch hier unermesslicher Weise störend eingriff. Es wurde ihr bekannt, daß sich die Maurer dem Zentralverbande angeschlossen hätten, und in irgend einer Zusammenkunft, so ließ sich die Kollege berichten, sollten logar-politische Reden gehalten werden sein. Das war für die Polizei ein Grund zum Eingreifen. Es wurden Erhebungen darüber angestellt, wo diese Zusammenkunft statt-

gefunden hat, wer Einberufer war u. c. Herr Radkowski, bei dem unsere Kollegen ihr Vereinslokal aufgeschlagen hatten, ließ sich vernehmen, beständig dem Herrn Bürgermeistern von Ostelsburg, daß bei ihm die fragliche Versammlung getagt habe, daß ein auswärtiger Redner anwesend gewesen und politisch geredet worden sei. Das hat uns der Herr Bürgermeister selber erzählt. Seit der Zeit weigert sich Herr Radkowski mit aller Entschiedenheit, uns ferner seine Lokalitäten zur Verfügung zu stellen. Alle übrigen Wirte tun dasselbe, und so sind wir auch in Ostelsburg durch das Eingreifen der Besörde obdachlos geworden. So sieht hier im Osten noch an manchen Orten die „loyale Handhabung“ des Vereinsgesetzes durch die Polizei aus. Unsere Kollegen in Ostelsburg lassen sich aber durch solche Kleinlichkeiten nicht vom Wege abbringen, den sie einmal als richtig erkannt haben. Sie werden auch ferner dem Verbande treu bleiben und auch, ohne die Wirte in Ostelsburg in Anspruch zu nehmen, Versammlungen abhalten, was auch am 8. Januar geschehen ist.

**Ostrowitz.** Am 3. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal; nachdem ihm Decharge erteilt worden war, gab Kollege Koch den Jahresbericht. Durch die vorjährige Lohnbewegung erhöhten die Ostrowitzer Kollegen den Lohn von 28 s auf 34 s. Jetzt haben die katolischen Fabrikarbeiter alle Gebel in Bewegung gesetzt, um den Lohn wieder zu reduzieren. Da gleich im Frühjahr die Arbeit nicht zum besten ging, so wurden unsere Kollegen gemahregelt und die Fabrikarbeiter brachten den Lohn auf 32 s herab. Endlich haben wohl auch die letzten, die nicht glauben wollten, erkannt, was für Gebel die Fabrikarbeiter sind, und sind zu uns übergetreten. Da nun zum Frühjahr eine gute Bautätigkeit in Aussicht steht, so ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, als Vereineren wieder nachzuholen. Die Mitgliederzahl ist von 207 auf 234 gestiegen. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 970,07, die Ausgabe M. 836,00. Kassenbestand M. 134,01. Als Vorsitzender wurde Kollege Koch, als Kassierer Kollege Apffel gewählt. In „Verständenes“ sprach Kollege Waude über den Kampf in Neufahr. Es sind dort zwei Kollegen gemahregelt und es ist notwendig, diese selbständig zu machen. Es wurde beantragt, M. 20 dafür zu bewilligen. Nach längerer Diskussion wurden M. 20 einstimmig bewilligt.

**Wirma.** Am 6. Januar fand im Volkshause die Jahreshauptversammlung statt. Kollege Herr verlas die Quartals- und Jahresabrechnung. Die Einnahme und Ausgabe der Lokalfasse betrug M. 1968. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 6707,81, die Ausgabe M. 2671,33, so daß ein Kassenbestand von M. 4036,48 verbleibt. Des weiteren gab Kollege Herr einen Überblick auf das verfloßene Jahr, woraus hervorging, daß wir trotz der in unseren Lohnbezirken stark auftretenden Krise immer noch Fortschritte zu verzeichnen haben. Die Mitgliederzahl stand am Jahresabschluss auf 468. Kollege Fiebig gab Bericht vom Kartell, Kollege Kolbe vom Bauarbeiterklub. Aus diesem Bericht ging hervor, daß auf den Bauten noch sehr viel Mühsal zu bestehen. Die neu ausgearbeitete Geschäftsordnung, die durch die Errichtung des Zweigvereins notwendig geworden war, wurde angenommen. Als Zweigvereinsvorsitzender wurde Kollege Künzelmann, als Kassierer Kollege Herr gewählt. Sämtliche Vertreter des „Grundstein“ wurden wiedergewählt; nur für Kapitl tritt eine Veränderung ein, hier wurde Kollege Lehner gewählt. Zur Gaudionferenz wurden die Kollegen Künzelmann, Fiebig und Pfalz gewählt. In „Gemeinschaftliches“ erklärte Kollege Friedrichs seinen Arbeitslosenstatist. Außerdem fanden noch einige kleine Geschäftsangelegenheiten von untergeordneter Bedeutung ihre Erledigung.

**Wieschen.** Am 3. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der auch Kollege Köbler anwesend war. Es wurde festgestellt, wie oft die Kollegen die Versammlungen im Jahre besucht haben. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden unter Leitung des Kollegen Köbler die Kollegen August Pinakke als erster Vorsitzender, Paul Soppart als erster Kassierer gewählt. Auf Antrag werden dem ersten Vorsitzenden und dem ersten Kassierer K. Pst. der Einnahmen für ihre Mühe bewilligt. Kollege Köbler wünschte, daß die Kollegen in den Nachbarorten und in der Stadt Jaroczin eine außerordentliche Agitation vornehmen möchten, um dortselbst einen Zweigverein oder eine Zahlstelle zu errichten, damit, wenn im Jahre 1910 unser Tarif abläuft, wir keine Streikbrecher erhalten, die uns in den Mäden fallen, und sich die Unternehmer in unserem Lohnbezirk nicht darauf berufen können, daß in der Nachbarstadt die Maurer und Zimmerer für billigeren Lohn arbeiten. Nachdem jeder von den Kollegen das Versprechen gegeben hatte, seine Pflicht zu erfüllen, damit es in Zukunft besser werde, wurden zum Schluß die Kollegen zum besseren Versammlungsbesuch ermahnt. Hierauf wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

**Wieshausen.** Auf der Erweiterung des Kollegen Bailer auf unseren Bericht haben wir noch einige Worte zu sagen. Was B. anführt, ist ja ganz richtig, aber er weiß auch, daß wir viele Kollegen haben (Feuerungsmaurer, Steinholzfussbodenleger), die bald da, bald dort einige Tage arbeiten und sich nirgend anmelden können. Wenn sie nach Hause kommen, zahlen sie ihre Beiträge, und das ist gut; wenn sie nur bezahlen. Kollege Bailer wird auf die Beiträge dieser Kollegen keinen Anspruch erheben wollen. Er sollte sich auch an die Vereinarbeitung des Bauvorstandes halten, weil wir dadurch leichter arbeiten. Voriges Jahr haben wir unser Versprechen nicht eingehalten, aber im Jahre 1908 im vollsten Maße. Wir haben der Lokalfasse des Stuttgarter Zweigvereins M. 214,80 überwiesen und die Stuttgarter brauchen darum keine Hand zu rühren, höchstens eine Mitteilung zu schreiben. Das ganze ist Kollege Bailer möchte den Zweigverein Wieshausen dem Stuttgarter „eingemeinden“, aber das ist verfehlt. Sie würden in diesem Falle keinen Hilfskassierer mehr bekommen, und das muß doch verfehlt werden. Wir Wieshausen halten unsere Organisation so hoch wie die Stuttgarter. Besser wäre es, Kollege Bailer läme zu einer Versammlung nach Wieshausen, da könnte er auf die Kollegen einwirken. Aber wenn wir einen Referenten haben wollen, dann müssen wir uns an die Partei wenden und natürlich

auch bezahlen, von Stuttgart aus geschieht so viel wie gar nichts.

**Weichenhall.** Schon seit Oktober vorigen Jahres herrscht hier eine empfindliche Arbeitslosigkeit und es besteht auch wenig Aussicht, daß sich die Konjunktur in nächster Zeit heben wird. In einer Weise bayerischer Städte ruhet man sehr viel über die Frage der Arbeitslosenfürsorge, und wenn auch sehr wenig praktische Arbeit geleistet wurde, muß doch gesagt werden, daß diese Frage aktuell geworden ist. Nur in solchen Städten, wo kein Sozialdemokrat im Stadtparlament sitzt, schweigen alle Mägen; so auch hier. Obwohl der Magistrat vom Gewerkschaftsberein aufgefordert wurde, Bauten in Angriff zu nehmen, für die vom Landtag schon die Zuschüsse genehmigt sind, geschah nichts. Infolgedessen ist die Lage der Arbeitslosen verzweifelt und hoffnungslos. Und diese Opfer, die die Arbeiterkraft der heutigen Gesellschaftsordnung bringen muß, sind noch nicht genug. Auch die in Arbeit stehenden sind in Mitleidenschaft gezogen, denn mit dem Leben der auf Bauten beschäftigten Arbeiter wird nur so gespielt. Die Einhaltung der Bauarbeiterklubvorschriften ist unter den Baugeschäftigen ein spanisches Dorf. Daß hierin unsere Unternehmer nicht gefehlt werden, dafür sorgen schon unsere Baukontrolleure. Es muß schon merklich abgeben, wenn sich einmal einer nach Weichenhall bezieht. Nun wird sich mancher Kollege fragen, wenn die Dinge so liegen, steht es doch den Weichenhaller Bauarbeitern zu, derartige Wirtschaft zu befechtigen. Aber dies ist leichter gesagt als getan; denn wagt es ein Arbeiter, seinen Unternehmer auf diese oder jene aufmerksam zu machen, so fliegt er ohne Parolen aus dem Fenster. Was dies für einen Familienvater heißt, wird wohl jeder selbst wissen. Es würde zu weit führen, wollten wir auf die schönen Handlungen dieser Herren näher eingehen. Eins steht fest, es wird auch die Zeit wieder kommen, in der wir gründlich mit ihnen abrechnen können, und darin können uns alle Kollegen unterstützen, indem keiner im Frühjahr nach Weichenhall geht, ohne sich an den Arbeitsnachweiskührer, wohnhaft Kurfürststraße 16, 1. St., zu wenden.

**Weinfeld.** Der Zweigverein hielt am 17. Januar eine gutbesuchte Versammlung ab. Zunächst besah man sich mit der Gründung einer Zahlstelle der Zentralverbandes. Achtzehn Kollegen traten der Sache bei. Als fünftägiges Versammlungslokal wurde das Bahnhofslokal gewählt. Dann berichtete Kollege Haeger über die Verhandlungen, die die Kollegen in Odesloe mit ihren Unternehmern gehabt haben. Die Reisfelder Unternehmer haben sich verpflichtet, etwa in Odesloe eintretende Lohnverhörungen auch ihrerseits einzuführen. Die Versammlung beschloß, am 7. März ein Wintervergütigen abzuhalten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf besserem Besuch der Versammlung auf.

**Wietz.** Am 3. Januar fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt. Der Vorsitzende gab den Bericht vom dritten Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 85. Der Bestand der Lokalfasse belief sich auf M. 89,18. Danach wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Ernst Schneider und als Kassierer Kollege Gennig gewählt. Ferner wurden die Wahlen für die Gewerkschaftskommission und die der Hilfskassierer für die umliegenden Lokalfassen vorgenommen. Als Vergütung für Vorstand und Kassierer wurden M. 40 bewilligt. Die Entschädigung der Hilfskassierer wurde auf 1 s für jede verkaufte Karte festgesetzt. Zum Schluß wurden einam Kollegen, der sich schon längere Zeit in einer Heilanstalt in Adorf befindet, M. 7 aus der Lokalfasse bewilligt; daran anschließend wurde noch für denselben Zweck eine Kellersammlung vorgenommen, so daß die Familie mit M. 18 unterstützt werden konnte.

**Schmiebeberg.** Am 3. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Trozdem der Verein 96 Mitglieder zählt, waren nur 18 erschienen. Der Vorsitzende begrüßte und ermahnte die Kollegen, in diesem Jahre die Versammlungen besser zu besuchen als im verfloßenen. Viele Kollegen haben gar kein Interesse an der Sache; es gibt Mitglieder in unserem Verein, die sich das ganze Jahr in einer Versammlung nicht sehen lassen, obgleich sie Zeit genug dazu hätten. Zum 1. April läuft unser Vertrag ab und die Kollegen wollen doch den Lohn von 28 s auf 40 s bringen. Um dieses zu erreichen, müssen die Kollegen unbedingt besser zusammenhalten. In den Vorstand wurden für dieses Jahr wieder die Kollegen Wilhelm Gonsalla als erster Vorsitzender und Hugo Gante als erster Kassierer gewählt.

**Stralsund.** (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre sehr befriedigend. Man kann ja seine Freude darüber ausdrücken; daß während der Krise noch Gegenben vorhanden waren, die eine ziemlich gute Bautätigkeit hatten. Aber mancher Kollege denkt dann, wenn diese vorhanden ist, sich alles mögliche leisten zu können. Dies haben namentlich Kollegen von Stralsund bewiesen. Obgleich sie genau wußten, daß hier keine Alfordarbeit geleistet wird, haben sie solche doch vollbracht; selbstverständlich war es, daß man hiergegen Stellung nehmen mußte. Auch die Hederländer Kollegen auf der neuen Kolkerei haben bewiesen, daß sie nicht einmal die seltsame Mittagspause einhalten konnten; erst mußte die Kommission einschreiten. Man sollte doch meinen, daß jeder Kollege, der die Organisation anerkannt hat, sich den Weisheiten der Kollegen des jeweiligen Arbeitsortes zu fügen hat. Betreffs der Maifeyer ist zu betonen, daß die Herren Weister uns damit bange machen wollen, wenn sie zur Ausperrung greifen, damit ist und bleibt die Maifeyer nicht erstickt. Bereits im Frühjahr stellte es sich heraus, daß das Gewerkschaftshaus sich in einer sehr schlechten Lage befand, so daß sich alle Gewerkschaften mit dieser Frage befassen mußten. Wir in unserer Gewerkschaft gingen von dem Standpunkt aus, daß hier jeder Kollege bei dieser Bauperiode M. 1 zahlen könne. Nach dieser Richtung wurde der Beschluß gefaßt, und es hat auch gut gegungen; alle haben bezahlt mit Ausnahme der Berger Kollegen. Ob diese nun nicht das Statut (alte) kennen, man müßte es bald annehmen, sonst würden sie nicht verlangen, daß die Stralsunder Maurer, die vom Jahre 1901 bis 1907 dort gearbeitet haben, diese Lokalbeiträge nachzahlen sollen; dieses genügt uns einer sehr großen Mächtigkeits, denn sonst hätten sie in dieser Zeit von ihrem Statut Gebrauch gemacht. Nun mit einem Male,

wo wir stülte nach dem Statut handeln, erwachen sie aus ihrem Schlaf und fordern das längst Verjährte. Eine Baupolizei hatten wir bei der Firma De Ruwe zu verzeichnen. Dieselbe kam zu Stande, weil einem Kollegen vorgeworfen worden war, er habe zu wenig Steine verarbeitet. Dieses wurde wiederlegt, und nach einwöchiger Sperre wurden sämtliche Kollegen und Arbeiter wieder eingestellt. Der Polizei scheint zu denken, er sei ein Gewaltmensch, der alles durch großartiges Auftreten fertig bringt. Dieser gute Mann hat sich jetzt, weil er hier keine Kollegen zum Mitfordern bekommen hat, selber Maurer besorgt; nach Aussage der Kollegen sollen diese von Königsberg sein. Nächste Unterjudung ist eingeleitet worden. Der Zweigeverein, erledigte seine Geschäfte in 25 Mitgliederversammlungen, 2 Generalversammlungen und in 9 Sitzungen. Revisionen wurden 4 vorgenommen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1908 136 (1907 98). Neueingetretene sind 37, davon waren 8 schon Mitglieder. Abgemeldet waren am Schlusse des vierten Quartals 92 Kollegen; ausgetreten: 1, ausgeschliffen 2, gestorben 2, zum Militär eingezogen 1, gemargretelt wurden 13 Kollegen. Unterstützung von der Kassaflasse erhielten 12 Kollegen. 1 Kollege wurde von der Kassaflasse unterstützt. Am Schlusse des vierten Quartals 1908 waren an Beiträgen rückständig 5 Kollegen; 2 Kollegen 6 Wochen, 2 Kollegen 5 Wochen, 1 Kollege 3 Wochen. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug am Schlusse des vierten Quartals 1908 M 3045,56, die Ausgabe M 3045,56. Die Einnahme der Kassaflasse betrug M 1618,23, die Ausgabe M 996,43, Bestand M 622,80. Der Ertragsbeitrag für das Gewerkschaftshaus betrug M 223. In der ersten Versammlung des neuen Jahres, die am 5. Januar tagte, machte der Vorsitzende, Kollege Reichle, einige Ausführungen über das vergangene Jahr. Er führte aus, daß alle Angelegenheiten innerhalb der Organisation glatt geregelt worden seien; wenn nur der gute Wille vorhanden sei, dann würde uns auch alles gelingen. Weiter wies er darauf hin, daß von manchem Kollegen die durch Tarif festgelegte Arbeitszeit nicht innegehalten worden sei; man sollte doch meinen, daß das, was nach langem Kampfe errungen wurde, auch durchgeführt werde. Wir würden uns in Zukunft wieder mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigen, und darum sei es so notwendig, daß alle Kollegen in den Versammlungen erscheinen. Aber gerade die Kollegen, die fortwährend die anderen ermahnten, die Versammlungen zu besuchen, hielten sich nicht mehr sehen lassen; im Gegenteil, sie unterstützten noch diejenigen, die der Arbeiterbewegung feindselig gegenüberstehen. Die vorgenommene Vorstandswahl ergab: Als erster Vorsitzender wurde Kollege Reichle gewählt; erster Kassierer Kollege Klobbe. Die großen Bewegungen in den vergangenen Jahren haben bewiesen, daß eine handige Agitation betrieben werden muß, sei es auf gewerkschaftlichem oder auf politischem Gebiete. Die Arbeiterzeitung ist auf sich selber angewiesen, den Kampf mit dem Kapitalismus zu führen; überall sieht man, daß das Unternehmertum bei der jetzt vorhandenen Krise fortgesetzt Lohnkürzungen vornimmt. Diesem kann aber nur entgegengetrieben werden, wenn man eine geschlossene Masse ist; nur die freien Gewerkschaften können das Rückgrat der Arbeiter festigen. Aufklärung muß geschehen nach allen Richtungen hin; Kollegen, besucht alle Versammlungen!

**Thorn.** Der hiesige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat seinen ersten Musterarif mit dem Worte „hichtig“ und der Agitationsklausel in ihrer ursprünglichen Fassung zurückgegeben und uns das neue Muster zugestellt. Der Arbeitgeberverband schlägt den alten Lohnsatz von 45 % pro Stunde auch für diese Vertragsperiode vor und hat zu nebenbei auch einige Verschlechterungen in seinem Tarif mit eingeschlossen. Zu diesem Tarifentwurf sollte am 6. Januar eine Versammlung Stellung nehmen, für die wir auch, trotz der schlechten Lokalverhältnisse in Thorn, ein Lokal ausfindig machten. Herr Gomatt, der Thorer Schützenbauwart, stellte uns seinen großen Saal für M 5 zur Verfügung zur Verfügung. Unsere Freude darüber war nicht gering, jedoch sehr verfrüht. Durch irgend jemand hatte nämlich die Thorer Polizei von dem unzulässigen Vorhaben des Schützenbauwart erfahren. Jedem ein Polizeisekretär — es wurden uns genannt die Herren Stüwe, Hampel und Bohn — warnte durch einen Bellen den Schützenbauwart, die Versammlung abhalten zu lassen, da er sonst den Militärarrest zu gewärtigen habe. Daraufhin ist Herr Gomatt, dem Lokalinhaber, angst geworden; er beauftragte seinen „Ober“, unseren Zweigevereinsvorsitzenden aufzusuchen und ihm zu sagen, daß er sich seine M 5 wieder abholen solle, weil die Versammlung nicht tagen könne. Alles Parlamentieren unseres Vorsitzenden mit dem Lokalwirt blieb fruchtlos. Dasselbe Ergebnis hatte eine Unterhaltung des Bauvorsitzenden am 6. Januar. Der Wirt blieb an diesem Tage für uns unsichtbar; dafür war aber seine Gattin mit ihrer Schwägerin anwesend. Frau Gomatt versicherte auf das Bestimmteste, daß die Polizei verboten hätte, die Versammlung abzuhalten. Sie nannte den Polizeisekretär Stüwe als den, der das Verbot erlassen hätte. Wir begaben uns zu diesem Polizeisekretären und erfuhren von ihm persönlich, daß ein Stüwe zu einem Versammlungsverbot keine Macht und auch kein Recht habe, was wir ihm selbstverständlich sofort bestätigten. Herr Stüwe nannte uns den Namen des Polizeisekretärs, der die Sache unter sich hat. Wir begaben uns zu Herrn Hampel, also zu dem Sekretär, der die Sache „unter sich hat“, und erfuhren auch von ihm, daß er das Vereinsgesetz kenne, wie er sich ausdrückte, persönlich aber mit der Sache nichts zu tun habe. Als wir auf dem Korridor unsere Kollegen machten, ging Herr Hampel an uns vorüber. Wir gingen nun zum Polizeisekretär und trafen in dem vorderen Zimmer seines Bureaus Herrn Hampel im Gespräch mit dem Polizeikommissar. Herr Hampel verließ das Zimmer, als wir eingetreten waren. Da der Polizeisekretär noch nicht anwesend war, es war ungefähr 3 1/2 Uhr nachmittags, unterbreiteten wir unsere Beschwerde über das Polizeiverbot bezüglich unserer Versammlung dem Polizeikommissar. Auf unsere Bemerkung, daß Gewerkschaftsversammlungen nicht anmeldepflichtig wären, fragte der Herr Kommissar: „Auch nicht, wenn fremde Redner kommen?“ „Auch dann nicht“, war unsere prompte Antwort. Das genügte dem Herrn Kommissar. Er erklärte kurz, daß er die Sache nicht zu wissen, und bewies uns an den

Polizeiinspektor, der gegen 5 Uhr anwesend sei. Der Herr Inspektor durchsuchte uns mit den Augen, hörte uns ruhig an und erklärte, von der Sache nichts zu wissen. Der Oberbürgermeister, den wir nun interpellierten wollten, war für uns, weil Stadtabwärtigenprüfung war, nicht zu sprechen. Soviel hatten wir nun erfahren, daß die Polizei nach ihrer Angabe kein Versammlungsverbot erlassen haben wollte und glaubten, wenn wir dem Schützenbauwart dies mitteilten, es uns doch noch möglich sein würde, die überaus wichtige Versammlung abzuhalten. Doch alle Bemühungen waren hier vergebens. Der Wirt ließ sich nicht sehen und seine Gattin erklärte, daß soeben wieder jemand von der Polizei dort gewesen wäre, der gefragt habe, ob die Versammlung stattfinden, und sich sehr zufrieden geäußert hätte, als das verneint wurde. Ausdrücklich sei noch bemerkt, daß neben der Lokalinhaberin auch einige Kellner auf das Bestimmteste erklärten, daß die Polizei, und zwar der Polizeisekretär Bohn, dem Schützenbauwart durch den Kellner Hing hat sagen lassen, daß er Militärarrest zu gewärtigen habe, falls die Versammlung bei ihm stattfinden. Wenn das wahr ist, was wir haben bestätigen können, warum wir nicht im geringsten zweifeln, so hat uns hier die Polizei eine gute Sandhaube gegeben, um gegen sie und ihre Verstecker den offenen Angriffe auf das Vereins- und Versammlungsrecht entziehen vorzugehen. Dieser Fall kommt noch gerade zur rechten Zeit, um das polizeiwidrige Treiben der Polizei bezw. ihrer Organe an maßgebender Stelle entschieden zu brandmarken. Unsere Versammlung hat aber trotzdem am selben Tage tagte, wenn auch unter sehr schwierigen Verhältnissen und in einem anderen Lokale, wo unsere Kollegen, die Herzen voller Mut über die geschändeten Polizeikräfte, Mann an Mann aneinander gereicht standen. Gegen die Polizeiwilkrich wird der Beschwerdeweg beschritten werden. Es waren 163 Kollegen anwesend, mehr als jemals an einer unserer Versammlungen teilgenommen haben. Nachdem die Abrechnung und der Tätigkeitsbericht über das Jahr 1908 erstattet worden waren, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege J. Melkowsky und zum ersten Kassierer Kollege Anton Urbanitzki gewählt.

**Triebes.** Der hiesige Zweigeverein hielt Sonntag, den 3. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Schriftführer im Auftrage des Vorstandes die Quartals- und Jahresabrechnung sowie den Jahresbericht. Den Bericht der Revisoren erstattete Kollege Alms und wurde auf seinen Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Antrag des Kollegen E. Darnier, ein Postbierfest zu veranstalten, wurde abgelehnt. Bei der hierauf folgenden Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Ernst Kimm, als erster Kassierer Alb. Segebach gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Waren.** Am 2. Januar tagte unsere Jahresgeneralversammlung. Der Vorsitzende gab den Vorstandsbericht bekannt und erläuterte, daß die Konjunktur im Spätsommer bedeutend besser geworden sei, als sie sich im Anfang zeigte. Die gute Konjunktur brachte verschiedene fremde Kollegen in Arbeit, was in zehn Jahren in Waren nicht zu verzeichnen war. Darauf machte der Vorsitzende bekannt, daß im Jahre 1908 12 Mitgliederversammlungen und 12 Sitzungen des Vorstandes stattgefunden hätten. Der Kassierer wurde durch die Revisoren achtmal, durch den Zweigevereinsvorsitzenden sechsmal revidiert. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 70. Der Zweigeverein besitzt eine Bibliothek von 30 Bänden. Es wurde beschlossen, diese im Jahre 1909 bedeutend zu vergrößern, da die Kollegen großes Interesse am Lesen zeigen; es wurden M 15 aus der Kassaflasse dazu bewilligt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom letzten Quartal. Demnach betrug die Einnahme für die Hauptkasse M 351,60, die Ausgabe M 351,60, davon sind abgezahlt M 217,00. Jahresabrechnung der Kassaflasse: Einnahme M 687,37, Ausgabe M 517,07. Kassenbestand M 119,70. Davon sind auf Sparflasse belegt M 78,53. Die Abrechnung wurde von den Revisoren und von der Versammlung bestätigt. Dem Kassierer wurde durch Erheben von den Eiden Decharge erteilt. Dann folgte die Wahl des Vorstandes. Kollege Georg Westen wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt, Kollege Hüßli als erster Kassierer neu gewählt. Hierauf wurde beschlossen, der örtlichen Verrentung M 100 für das Jahr 1909 zu bewilligen. In „Verchiebendes“ wurde noch von den Kollegen gewünscht, daß ihnen eine bessere Behandlung von den Unternehmern zu teil werde. Dieses soll in nächster Versammlung weiter besprochen werden. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Mitgliederblätter am Schlusse des Jahres sehr gut in Ordnung gewesen seien; mit den Lokalmarken hätte es allerdings besser sein können.

**Wernigerode.** Am 10. Januar hielt der hiesige Zweigeverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Ernst Wiltmann durch Erheben von den Vätern geehrt. Hierauf nahm der Vorsitzende das Wort und schilderte das vergangene Jahr mit seinen Kämpfen, die diesmal nicht so schlimm waren. Zehn Kollegen, die den 1. Mai gefeiert hatten, slogen aus Straßengässern; da der Unternehmer aber auswärts wohnte, so konnten wir ihm nicht an den Stragen kommen, hingegen wir aber die Kollegen aus der Kassaflasse unterstützt haben. Dem Kassierer, der hierauf die Abrechnung vorlegte, wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Da wir viel Annoncengeld ausgegeben haben, schlug Kollege Niemeyer vor, auf die Jahrgabeit, oben, den Versammlungsstempel aufzubringen, was für gut befunden wurde. Kollege Wallmann sprach sich dahin aus, daß 5 Pf. für den Gesamtverband eine zu hohe Entschädigung sei, worauf nach längerer Debatte dem Vorsitzenden 1 1/2 Pf. dem Kassierer 2 Pf. und dem Schriftführer 1/2 Pf. bewilligt wurden. Bei der Vorstandswahl wurden H. Schrabber als erster Vorsitzender und H. Kaiser als Kassierer gewählt. Da wir voraussichtlich in diesem Jahre größere Agitationstouren haben, so wurden dem Vorstande noch drei Kollegen zur Unterstützung beigegeben. Weiter wurde noch vorgeschlagen, die Befolgung der Hilfskassierer zu erlassen; da dieses aber nicht

auf der Tagesordnung stand, konnte die Sache nicht erledigt werden. Der Kassierer ermahnte nochmals die säumigen Zahler an ihre Pflicht, da sie sonst womöglich ihrer Rechte verlustig gehen. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß nächsten Sonntag in Wernigerode eine Versammlung stattfinden werde, wo gleichzeitig die Bücher kontrolliert werden sollten, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Witzen.** Unsere Generalversammlung tagte am 10. Januar. Zunächst ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Kühne in Wischitz durch Erheben von den Vätern. Hierauf gab der erste Vorsitzende, Kollege Wählig, den Jahresbericht. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalschlusse 205. Der zweite Vorsitzende referierte über die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates. Dann berichtete der erste Schriftführer über die Generalversammlung der Ortskassenflasse. In der folgenden Diskussion sprachen mehrere Kollegen für die Familienunterstützung in der Kasse. Wodann wurde der Bericht des Kassierers entgegengenommen. In die Hauptkasse wurden gefandt M 2577,42, für Familienunterstützung wurden M 66, für Krankenunterstützung M 299,25 und für Sterbeunterstützung M 100 ausgezahlt. Die Kassaflasse hatte eine Einnahme von M 1844,02 und eine Ausgabe von M 674,56. Kassenbestand M 1169,47. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Jahresabrechnung. Die Versammlung bewilligte noch M 10 für einen neuen Bibliotheksraum. In der Unterjudung wurde das Vorhanden in Saden Gimmer und Wählig gegen Sperling verlas der Schriftführer das Protokoll der Verhandlungen. Kollege Peterjohn bedauerte, daß so mancher Kollege sich nicht entschließen könne, das Arbeiterblatt zu halten und der politischen Organisation beizutreten. Möchte das in Zukunft besser werden, Scharf gerigt wurden noch die Verhältnisse in Bezug auf die Arbeitszeit, von Wahren, z. B. in der Mühle, Wischitz usw. nicht eingehalten wird. Die Neuwahlen ergaben das nachfolgende Resultat: Kollege Wählig erster Vorsitzender, André erster Kassierer.

**Fliesenleger.**

**Süh.** In Nr. 2 der „Einigkeit“ befindet sich unter Fliesenleger ein Eingeladene, in welchem der Fliesenleger Mühlmann aus Düsseldorf verurteilt, den der Freien Vereinigung der Fliesenleger in W. Gladbach in der Nr. 81 des „Grundstein“ nachgewiesenen Streichbruch abzuliefern; ja, am Schlusse seines Eingeladens spricht er seinen Gladbacher Freunden nach seinen besonderen Dank aus, daß sie ihn bei den verhängten Zentralisten die Sperre illustriert gemacht hätten. Man ist ja bald alles gewohnt bei den Fliesenlegern der Freien Vereinigung, und Leute, die oftmals gezwungen sind, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, können ein Viebchen davon singen; aber daß schließlich die Führer der Lokalisten diesen Unternehmern liebenden noch öffentlich ein Lob singen zum Dank dafür, daß sie ihre Kollegen verraten haben, ist doch schließlich nichts anderes, als dem Streichbruch die Krone aufsetzen.

Kollege Mühlmann bestreitet zunächst, Lokalistenführer zu sein. Freund Peter! Willst Du etwa auch bestreiten, daß Du der Stellvertreter Windhofs bist; daß Du das ganze Jahr hindurch in Rheindalen und Weisfalen für sämtliche Bezugs Versammlungen abhätst? Nun aber zur Sache selbst. Am 7. September legten die Grefelder Kollegen die Arbeit nieder. Am 9. September übertrug Hilbing die Arbeit in Rheindalen dem P. Schmitz — und zwar mündlich, nicht kontanzlich, wie Mühlmann schreibt —, trotzdem einige Tage vor Ausbruch des Streiks zwei Leute von Hilbing (also Grefelder Kollegen) die Arbeit in Rheindalen angefangen hatten. Diese Kollegen kamen nach Beendigung des Streiks jedoch nicht mehr nach Rheindalen, sondern wurden in Grefeld beschäftigt, weil inzwischen der betreffende Schmitz dort die Arbeit in Angriff genommen hatte. Und wurde die Sperre bei Hilbing nicht direkt nach dem Streik verhängt und weil Hilbing seine alten Leute nicht mehr einstellte, sondern nach achttagiger Beendigung des Streiks und der Grefelder Kollegen bei der Firma Hilbing erfuhren, daß alle, einer nach dem anderen, aus dem Geschäft hinaus sollten. „Ich will mal frisches Mut unter meinen Leuten haben“, hatte Hilbing unter anderem gesagt. Es trifft auch nicht zu, daß die Gladbacher nichts von der Sperre gewußt hätten. Tatsache ist, daß zwei Kollegen aus Grefeld mehrere Male bei Schmitz auf der Baustelle waren und ihn aufgefordert haben, die Arbeit einzustellen, was Schmitz aber immer abgelehnt hat. Nach der Verhandlung vor dem Einigungsamt am 27. Oktober erfuhr wir von den Kollegen Windhof, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß Schmitz die Arbeit einstellen, was uns auch versprochen wurde. Auf der von allen drei Richtungen besetzten Konferenz der Fliesenleger am 8. November in Essen wurde die Sperre bei Hilbing als erster Punkt behandelt. Hier erklärte Windhof in Gegenwart des P. Schmitz, welcher als Delegierter der Freien Vereinigung aus W. Gladbach zugegen war, daß er den Kollegen Mühlmann beauftragt habe, die Gladbacher zur Solidarität zu veranlassen, daß derselben diese jedoch nicht gelungen sei, und somit die Freie Vereinigung keine Schuld treffe, daß in Rheindalen die Arbeit nicht eingestellt sei. Auch sei der Kollege P. Schmitz erst drei Monaten bei ihnen organisiert. Kollege Hüßli erklärte hierauf, daß er in der Sitzung des Einigungsamtes die Überzeugung gewonnen habe, daß wenn Schmitz die Arbeit einstelle, in ein paar Tagen die Sperre bei Hilbing zu unseren Gunsten entschieden sei. Und wenn Schmitz heute die Erklärung abgibt, daß er von morgen ab Solidarität bestunde, wäre es noch nicht zu spät, um unseren Kollegen in Grefeld zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Solidaritätsberlebung bis jetzt würde, er der kurzen Organisationszugehörigkeit des Kollegen Schmitz zu gute halten. Dieses wurde nicht nur von den Vertretern des Zentralverbandes und des christlichen Verbandes gestimmt, sondern auch die anwesenden Delegierten der Freien Vereinigung waren mit diesem Vorschlage einverstanden. Es wurde dann auch ein Beschluß gefaßt, und zwar einstimmig, daß die Sperre zu Recht bestünde und Schmitz die Arbeit einzustellen hätte. Für diesen Beschluß stimmte auch, wie der Vorsitzende Kollege Roth ausdrücklich feststellte, der Kollege Schmitz; aber trotzdem hat er weiter gearbeitet. Wenn Mühlmann schreibt, die Grefelder hätten die Gladbacher gern aus der Arbeit geholt, um sich selbst ins Nest zu setzen,

so ist das nun gerade das Höchste, was sich einer in Betrachtung der Verhältnisse leisten kann. Es genügt wohl, festzustellen, daß die Greifelder Kollegen in der Mehrzahl längere Jahre, einzelne schon 10 bis 15 Jahre, bei Hilbing beschäftigt waren. Sollte der Kollege Mahmann das hier gesagt bezweifeln, so möchten wir ihm den guten Rat geben, sich bei einem Teilnehmer der Konferenz von seiner Richtung oder bei einem Mitgliede des Einigungsamtes zu erkundigen, und er wird dann ebenfalls anderer Meinung werden. Das schönste aber an der Geschichte ist, daß dieselbe Freie Vereinigung, die hier den Streikbrechern noch ein Lob spendet, in ihrem Organ, die „Ameisengasse“ (parдон „Einigkeit“), unter der Rubrik „Streits und Sperten“ schon seit der Konferenz am 8. November folgende Sperren veröffentlicht: „Die Baustelle Probingslagerziehungsanstalt in Kleinbasen, wo die Firma Hilbing-Gresfeld Arbeiten auszuführen hat, ist für Hilsenlager gesperrt, da Hilbing sich weigert, den Tarifpreis zu zahlen und mehrere Greifelder Kollegen gemahregelt hat.“ Wer ist das? — Oder ist diese Baustelle nur für die Zentralisten gesperrt? Es scheint überhaupt, als wenn die Freie Vereinigung der Hilsenlager, um die Trümmer ihrer ehemaligen Organisation wieder ein wenig zusammen zu fassen, mit den Gelben ein Schluß- und Trugbündnis eingehen will. Der Anfang wurde ja schon während des Streits in Essen gemacht, wo einige Berliner für die Filiale der Firma Rosenfeld aus Essen arbeiteten und nicht zu bewegen waren, die Arbeit einzustellen.

**Dresden.** Am 6. Januar fand im Volkshaus eine gut besetzte Versammlung der Sektion der Hilsenlager statt. Unter Punkt 1 stand zur Debatte: „Stellungnahme zu neuen Tarifverhandlungen im Blattengewerbe“, wozu ein bereits ausgearbeiteter Tarifvorlag, der mit einigen kleinen Änderungen angenommen wurde und den Unternehmern in aller nächster Zeit unterbreitet werden wird. Unter anderem wurde zur Wahl einer Lohnkommission geschritten, zu welcher die Kollegen Diehe, Häbe und Matern vorgeschlagen wurden. Kollegen, die gewonnen sind, der Sektion beizutreten, werden hiermit aufgefordert, sich im Bureau der Maurer zu melden.

**NB.** Maurer von Dresden und Umgebung! Unterlasst nie, die Leger auf den Bauten zu kontrollieren und der Sektion zugute sein!

**München.** Man sendet uns folgende Nachricht: „Weggenmeind auf den in Nr. 1 des „Grundstein“ erschienen Bericht von München (Hilsenlager) erkläre ich, daß derselbe, soweit er meine Person betrifft, vollständig unrichtig und unwahr ist. Eine von dem Gewerkschaftsberein München einberufene Sitzung am 10. November 1908 beschäftigte sich eingehend mit dieser Angelegenheit. Nach genauer Untersuchung hat sich erwiesen, daß die Anschuldigungen seitens des Zentralverbandes der Maurer Filiale München, vollständig haltlos und unbegründet sind. Diese Sitzung führte zu dem Ergebnis, daß die gemachten Anschuldigungen nicht aufrechterhalten werden konnten.“

**Gans Freitag.**  
Obiges bestätigt:  
R. Knieriem, Gewerkschaftssekretär.  
(Stempel: Gewerkschaftsberein München.)

**Holierer und Steinholzleger.**

**Stm.** Unsere Mitglieder nochmals zur gefälligen Kenntnis, daß unsere regelmäßigen Versammlungen jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Severinstraße, stattfinden. Besondere Einladungen werden nicht mehr versandt, was speziell die auswärtig wohnenden Kollegen berücksichtigen wollen. Der Vorstand erwartet, daß sämtliche Kollegen im neuen Jahr den alten Schickriaan fallen lassen und mit mehr Interesse und Pünktlichkeit die Versammlungen besuchen, als es im vergangenen Jahre geschah, da wir sonst gezwungen sind, dem Antrage gemäß zu handeln und die nicht entschuldigenden Versammlungsschwänzer unangenehm durch die Definitivität preiszugeben. Desgleichen sei bemerkt, daß zu jeder Zeit Beitragsmarken und Extragmarken in unserem Verkehrslokal Jos. Müller, Bahnenstraße 40, zu haben sind. Unsere nächste Versammlung findet am 31. d. M., 10 Uhr, im Volkshaus statt. Hierzu werden speziell die Kollegen heider Branchen von der Firma Fröh Hoppe und die hier Ludwigsbafener Kollegen von der Firma Jul. Rathe öffentlich eingeladen. Der Vorstand.

**Leipzig.** Am dritten Weihnachtstag fand die Generalversammlung der Holierer im Volkshaus statt. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen sagte sich der Vorsitzende mit dem Jahresbericht kurz. Erwähnt sei, daß der Arbeitsnachweis in 45 Fällen vermittelt hatte. Bei der Wahl des Vorstandes schied der Kollege Hönemann als zweiter Vorsitzender aus, und wurde an dessen Stelle der Kollege Hermann Baumhardt gewählt. Sämtliche anderen Vorstandmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Als Gauleiter wählte die Versammlung den Kollegen Adolf Krause. Kollege Schulz berichtete über die Massenverhältnisse; ihm wurde nach Bestätigung der Abrechnung durch die Revisoren von der Versammlung Deklarate erteilt. Ein vom Arbeitgeberverband an unseren Vorsitzenden gerichteter Brief wurde verlesen und zur Disposition gestellt. Der Brief lautet:

Herrn Robert Brinke,  
Verband der Holierer und Steinholzleger,  
Leipzig-Blagwitz.

Wir haben leider konstatieren müssen, daß die Arbeitsleistung bei der Ausführung von Holzholierarbeiten bedauerlich zurückgeht, daß dieselbe in gar keinem Verhältnis zu den dafür gezahlten Löhnen steht. Als wir seinerzeit den Anford an Ihren Wunsch abschickten, wurde uns weitgehendste Zusicherung bezüglich des Quantums fertiger Arbeit gemacht. Die weniger leistungsfähigen (alten) Leute sollten durch die jungen unterstützt werden, und was des Guten und Schönen alles war. Wie sieht es nun jetzt aber aus? Nicht nur, daß in vielen Fällen überhaupt nur die Hälfte des früheren Quantums fertig wird, es werden sogar aus Holzholierzeiten Stimmeln laut von den Leuten, die überhaupt noch anstehenden den hohen Lohn tatsächlich verdienen, daß die Betreffenden nicht ein-

leben, weshalb sie überhaupt soviel fertigstellen sollten, da doch die schwachen Holierer denselben Lohn bekämen und nichts fertig bräutten. Diese Leute haben völlig recht; denn wir haben in Leipzig eine ganze Reihe Leute, die besser etwas anderes täten, als zu holieren. Unter diesen sogenannten Holierern leidet aber die ganze Sache. Die guten Leute erlauben, die Kunstfertigkeit wird unwillig und unsere Geschäfte gehen zurück. Also hier gilt es, nun einmal Abhilfe zu schaffen, und zwar je schneller, je je besser. Reingeben Sie Ihre Reihen von solchen Leuten, die nicht hineingehören. — Für den hohen Lohn, den wir zahlen, können und müssen wir verlangen, daß ein größeres Quantum Arbeit fertiggestellt wird, oder daß die Löhne für die nicht leistungsfähigen Leute herabgesetzt werden. Sollten Sie nicht energisch Abhilfe schaffen, so sehen wir uns genötigt, die Holierer dadurch richtiger zu bewerten, daß wir die Affordarbeit wieder einführen, damit die arbeitsfreudigen und leistungsfähigen Holierer zur Geltung kommen. Die Veredlung unserer Forderung wird jeder einschätzende Mann ohne weiteres zugeben und mit uns darüber sorgen, daß hier Abhilfe geschaffen wird. So kann es nicht weitergehen.

Wir erlauben Sie hiermit, vorstehendes in Ihrer nächsten stattfindenden Versammlung allen Holierern bekannt zu geben und — sehen Ihrer umgebenden Würdigung hierüber entgegen.

**Podgatschendorff**  
Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe zu Leipzig und Halle a. d. S.  
Hermann Giering.

Sämtliche Kollegen, die sich an der Debatte beteiligten, waren der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit der Holierer aufs Höchste gesteigert sei, und die Versammlung war der Meinung, daß das Schreiben nur ein Attentat auf unseren mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifvertrag bedeute. Wir müssen unterdessen konstatieren und können der Nachweis erbringen, daß im Verhältnis zu früher ganz entschieden mehr geleistet wird. In Leipzig wurde nie (ausgenommen bei der Firma Stumpf) in Afford gearbeitet. Wenn nun die früheren Affordarbeiten in einigen Fällen die jetzigen Leistungen übersteigen, hat dieses seinen Grund darin, daß eben im Stundenlohn weit höher gearbeitet wird. Auf keine Unannehmlichkeiten kam es bei der Affordarbeit nicht an; wir könnten, falls es unsere Herren Unternehmer verlangen, dies jederzeit nachweisen. Ob dies mit oder ohne Willen der betreffenden Firma geschah, darüber wollen wir heute nicht streiten. Anrechnungen müssen auch unsere Unternehmer, daß die Holzgerüstfirmen sowie jeder andere Auftraggeber heute eine weit genauere Arbeit fordern. Viel und gut ist eben nicht genaugenommen. Seit über vier Jahren ist die Affordarbeit abgeschafft und der Sadel der Unternehmer ist nicht gespart worden. Im Urgenteste, sie haben sich alle gehoben, was aus der Vergrößerung der Geschäfte, Verbesserung der Büroräume, Niederlagen usw. hervorgeht. Wir haben immer noch denselben Stamm Kollegen, von Neulingen oder Nichtleistenden kann also keine Rede sein. Selbstverständlich ist bei der Vielfältigkeit des Holzgerüstbaus ein Mehr- oder Wenigerleisten der einzelnen Kollegen in den verschiedenen Ausführungsarten nicht zu vermeiden. Das liegt aber an den Unternehmern selbst; denn diese verschulden wieder, jeden Holierer nach seinem Talent in dem einen oder anderen Spezialzweige auszubilden und auszuüben. Hiergegen haben wir nichts, aber man darf uns dann nicht mit solchen Vorwürfen kommen. Wir haben einen tarifmäßigen Einheitslohn festgesetzt, und wir werden nichts dagegen haben, wenn die mehrleistenden Kollegen durch höhere Löhne bedorgt werden. Dieser Ansicht scheinen die Unternehmer nicht zu huldigen; denn es wird allen Holierern abgeprochen, daß sie diesen Lohn verdienen. Wir haben nicht Lust, für das Verhulden der Unternehmer durch gegenseitige Preisdrückerei zu büßen; ebenso wenig haben wir Schuld an der Verteuerung des Rohmaterials. Die Herren haben sich organisiert, und zwar über ganz Deutschland, mögen sie für anständige Preise sorgen, die es ermöglichen, dem Holierer einen leblich auskömmlichen Lohn zu zahlen. Man will aber nur geschlossen die unbedingt notwendigen Anforderungen der Holierer auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage niederzwingen. Da ist doch die Affordarbeit eine schöne Sache. Der Auftraggeber fragt um den Preis an, die Holierfirma berechnet ihn, ohne Rücksicht auf Lage und Verhältnisse der Arbeit, der Holierer muß die Arbeit eben für einen bestimmten Satz fertigstellen und der Profit ist gesichert. Die Holierer können sehen, wie sie mit dem Müden an die Wand mögen. Stelle doch kürzlich die Firma Mielke (Vertreter Gröningh & Hartmann) an ihre Leute die Zumutung, bei einer Kalkulationsforderung, Kristallstempel Leipzig-Anger, auf die Frühstücks- und Wesperepaue zu verzichten, dafür aber zwei Stunden Mittag zu machen. Man soll aber nicht glauben, daß dies Verlangen gestellt wurde, um den Leuten die Mittagseruhe zu gönnen, beziehe nicht. Mittags steht von 12 bis 2 Uhr die Maschine, die die elektrische Beleuchtung schafft. Um nun die Ausgabe von höchstens täglich 25 Pf für Benzin zu sparen, also während der Stunde von 1 bis 2 Uhr Ertrag für das elektrische Licht zu schaffen, sollten sich die Leute aus Hungern gewöhnen. Das Ansehen wurde natürlich zurückgewiesen.

Die Befauptung, daß es Kollegen unter uns gibt, die den angeblich Minderleistenden das Verdienen des jetzigen Lohnes absprechen, bezichtigen wir so lange als eine Entee, bis uns die Namen genannt werden. Erwähnt sei noch, daß uns seit Oktober 1907 in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Unternehmern abermals eine kleine Zulage ausgestellt wurde, bei welcher Gelegenheit unser Vorsitzender, um die Gegenleistung befragt, ausdrücklich erklärte, daß von einer Mehrleistung absolut keine Rede sein könne. Es ist eben das alte Lied. Man will sich die allgemeine Arbeitslosigkeit zunutze machen. Alle Kollegen wurden von der Versammlung strengstens verpflichtet, Überstunden nur in außerordentlich dringenden Fällen zu machen. Hierbei wurde festgestellt, daß die Kollegen Ludwig und Emil Gulder aus Jwidaun bei einer Arbeit in Schweden täglich 12 und 13 Stunden gearbeitet und den später hinzukommenden Kollegen Drescher ebenfalls hierzu veranlaßt haben. Drescher erklärte zu seiner Entschuldigung, er habe sich als einzelner, dem Druck folgen müssen. Wohl selten Überstunden verlangt worden, bei deren Verweigerung noch ein anderer Kollege

hätte hingeschickt werden müssen. Dieses wäre sehr gut möglich gewesen, da Arbeitslose vorhanden waren. Die beiden Gulder seien hierdurch nochmals ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Leipziger Kollegen diese fortgesetzten Rücksichtslosigkeiten nicht länger gefallen lassen. Die Versammlung beschloß einstimmig: „In Anbetracht der jetzt bestehenden Arbeitslosigkeit hat jeder Kollege, der gegen den Beschluß betreffs gebührender Arbeitszeit handelt, also Überstunden macht und dadurch die Arbeitslosigkeit vermehrt, seine Mitgliedschaft verliert.“ Nachdem der Geschäftsleiter Range, der der Versammlung beimohte, eine kurze Ansprache an die Kollegen gehalten hatte, schloß der Vorsitzende die gut besetzte Versammlung.

**Stimmen aus der Unterwelt.**

Unter dieser Bezeichnung wird uns geschrieben: Es ist möglich, ihn und wieder einen Blick in das Herrschaftsgebiet der dunklen Mächte zu tun, wir meinen, nach Oberhiesien. Wäre unsere Zeit nicht so kurz bemessen, so könnte man die leibige Wände aber das praktische Christentum unserer Gottesmänner schreiben. Hier einige kleine, aber für unsere Streikbrecher Gottes charakteristische Episoden. In Alt-Cösel traf ein Kollege unseres Verbandes. Seine Mutter wollte nicht, daß ihr Sohn schließlich ohne den vorherigen Beistand des Pfarrers der großen Bage erziehen sollte. Nach langen Bitten kam der Pfarrer. Er wußte, daß unser Kollege im Zentralverband organisiert war. Seiner Gewohnheit gemäß — der Herr Pfarrer wohnt die kirchlichen Gnadenmittel: Segen, Ehe usw. nur nach Mitlieferung unserer Mitgliedsbücher — forderte er das Mitgliedsbuch unseres Kollegen, wenn er der gefälligen Heimlichkeit teilhaftig werden wollte. Trotz der schmerzlichen Kränkung des Kollegen hatte die Inquisition keinen Erfolg. Jedoch verfuhr man auch auf Umwegen diesen Zweck zu erreichen; selbst die Schmeigelmutter und Bräute unserer Kollegen mußten dazu herhalten. Der Herr Pfarrer suchte sie zu bewegen, den verhassten Verbänden den Korb zu geben; manchem erhält dabei ein anderer den Korb. Doch der Pfarrer ist ein Teufel von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft. Der Zentralverband hat es noch nicht fertig gebracht, die Kollegen der Religion zu entfremden, doch der Herr Pfarrer bringt es fertig. Bei den alljährlich stattfindenden Koloden — Einsegnung der Wohnung — wurden die Familien unserer Kollegen in diesem Jahre wieder ausgelassen! Nicht etwa haben unsere Kollegen die Ausübung der Zeremonien verweigert; o nein, sie waren so gläubig wie zuvor und hätten den Pfarrer auf keinem Segensgange zu ihnen nichts in den Weg gelegt. Nun hat er uns damit zweifach gutes erwiesen. Einmal befehlen wir unseren Großvater und zweitens hat uns der Herr Pfarrer auf der Erkenntnis gebracht, daß die Freunde der Arbeiter vor anders zu suchen sind, als bei diesen Leuten.

**Aus Oesterreich.**

Ueber den schon seit Oktober des vorigen Jahres in Karlsbad in Böhmen bestehenden Maurerstreik berichtet unser österreichisches Bruderorgan, „Der Arbeiter“. Mit dem Eintritt des milderen Winters hat der Kampf wieder begonnen; seine Formen sind härter als früher, die Erörterung hat ihren Höhepunkt erreicht. Die Unternehmer sehen nun alles daran, Streikbrecher aufzutreiben. Gemeindepöcherer und Droispolitiken der einzelnen Dörfer machen sich eine Ehre daraus, Streikbrecher zu spielen. Wo Verpöcherungen nichts fruchten, versucht man durch Drohungen und mit Gewalt, die Maurer zum Streikbruch zu zwingen. So erklärte der Baumeister Zeitl aus G o t t e s g a b seinen Maurern, daß er sie niemals mehr in Beschäftigung nehme, wenn sie nicht als Streikbrecher nach Karlsbad gängen.

Eine verbe Abfuhr holte sich ein als Streikbrecheragent bestimmter Politik aus Lichtenthal in Teplitz. Mit Hilfe des dortigen deutschnationalen „Arbeiterführers“, namens Steinböck, wurden einige Maurer als Streikbrecher angeworben. Die Sache gelangte jedoch rechtzeitig zur Kenntnis der Teplitzer Kollegen, die sofort dafür sorgten, die Streikbrecher abzuwehren, was auch bis auf einen gelang. Die beiden Herren bekamen aber noch eine anständige Lektion mit auf den Weg.

Ein empörender Vorfall spielte sich kürzlich am Zentralbahnhof ab und zeigte deutlich, daß auch die Bahnleitung im Dienst der Unternehmer steht. Mit einem Zug von Viehhaue sam eine Anzahl von Kollegen, um der nachmittags stattfindenden Streikversammlung beizuwohnen. Der Zugbegleiter vermutete in den Streikenden „Arbeitswillige“ und der Stationsvorstand am Zentralbahnhof nahm sich die Freiheit heraus, den Kollegen so lange das Aussteigen zu verweigern, bis im Laufschritt ein Dugend Gendarmen herbeigeleitet waren, um die vermeintlichen „Arbeitswilligen“ in das Vereinslokal der Streikbrecher zu dirigieren. Doch mußten Gendarmen sowie auch der Herr Stationsvorstand mit Inangriff nehmen, daß die vermeintlichen Streikbrecher ins Streiklokal zogen. Nach Schluß der Versammlung machten die Streikenden einen feinen Spaziergang durch die Stadt, was die Karlsbader Spiegler riesig in Aufregung brachte. Auch die Gendarmen schien laßlos geworden zu sein und hielt die ruhig nach Hause Gehenden ohne alle Ursache mitten auf der Straße mit gefüllten Bajonetts auf. Erst nach längerer Auseinandersetzung war den Göttern der Ordnung begrifflich zu machen, daß die Leute nicht weiter als ruhig ihres Weges nach Hause gehen wollten. Nach der Versicherung, daß je der, wenn es das Gesetz verlangt, auf behördliche Aufforderung aus ein a n d e r g e h t, ließ man endlich die Leute ruhig weitergehen.

Am mildsten gebüdet sich die in sonstiger Beziehung nicht besonders hervorragende Karlsbader Polizei; einige Beamte wollen jeden Streikenden niederbrennen oder wenigstens lebenslanglich einsperren. Jedoch ist bereits den Herren die entsprechende Belehrung zuteil geworden. Mag auch Unternehmern, deutschnationalen und Polizei noch manchen Gewalttät ausüben, die Organisationen niederzuringen werden sie nicht imstande sein.

**Der französische Bauarbeiterverband im Jahre 1908.**

Der junge Verband der in der Gebäude-Industrie beschäftigten Arbeiter Frankreichs steht an der Jahresende im Zeichen fröhlicher Kämpfe. Besonders stark ist der Verband in Paris engagiert, der seit drei Jahren nie völlig zur Ruhe gekommen ist. Auf Grund eines Beschlusses des letzten Kongresses wird demnächst auch in der Provinz

systematisch vorgegangen werden, besonders was die Vertikung der Arbeitszeit betrifft. Zum Verständnis der kommenden Schritte ist es wichtig, einen rechnerischen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes im abgelaufenen Jahre zu werfen.

Zunächst einige Ziffern. Nach den an die Zentralkasse abgelieferten Beiträgen wurde im letzten Vierteljahr 1907 für 86 613 Mitglieder gezahlt. Diese Zahl liegt im 1. Quartal 1908 auf 83 770; im 2. Quartal auf 86 959, samt im 3. Quartal auf 85 818 und stieg im 4. Quartal auf 40 954. Der Höchststand im 3. Quartal ist nur ein büchsenmäßiger, verursacht durch den vom Kongress von St. Etienne beschlossenen Beitragsmodus, um die Beitragsleistung der Mitglieder und damit deren Zahl genauer fixieren zu können. Wir erinnern nochmals, daß der Verband keine Zentralorganisation, sondern ein Verband von Fachvereinen ist. Die wirkliche Mitgliederzahl ist also um soviel höher einzuschätzen, als die zwischen dieser und der Beitragsleistung übliche Differenz zu sein pflegt. Im 1. Quartal 1908 gehörten dem Verbande 284 lokale Syndikate an, deren Zahl im 4. Quartal auf 885 gestiegen ist. Singulärrechen ist, daß verschiedene lokale Berufsverbände sich zu Syndikatsverbänden oder -Kartellen verschmolzen haben, der Zuwachs also noch größer ist.

In rund 60 Orten fanden Streiks statt, über deren Ergebnis zur Zeit noch keine Statistik vorliegt. Die Zahl der Streiks ist natürlich viel größer und dürfte für Paris mehr als 60 betragen.

Die bedeutendsten Ereignisse des abgelaufenen Jahres waren die Pariser Ausperrung im Frühjahr 1908, der zu Ostern abgehaltene Kongress, der Manifestationsstreik von Dravaill, der den Verband in eine äußerst kritische Lage brachte, und die am Jahresabschluss unternommenen Bewegungen der Pariser Erdbauer und der auf Bauten beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter, die beide noch nicht abgeschlossen sind.

Wenn auch die Ausperrung der Pariser Bauunternehmer im April gescheitert ist, so hätte sie doch den mittelbaren Erfolg, die Angriffsbewegung der Arbeiter für das Jahr 1908 schmerzhaft zu erleichtern. Das erhobene Ziel, die Arbeiter zur Anerkennung der Arbeitsbedingungen der Unternehmerorganisation und zum Beitritt zu einem großen Verein zu zwingen, wurde zwar nicht erreicht, doch wurden die Arbeiter in die Defensive gedrängt. Die am Jahresabschluss begonnene Bewegung zur Vereinfachung der Löhneronts, zwischenmeister, die ein demoralisierendes Antreiberthum zur Blüte gebracht haben, ist bisher von nur geringem Erfolge gewesen.

Günstlicher waren die Pariser Erdbauer bei dem Bau der Untergrundbahn, die nach kurzen Streiks Löhnerhöhungen von 20 und 25 pZt. und andere Verbesserungen für mehr als 5000 Arbeiter bisher durchgesetzt. Dieser Erfolg wurde vor allem durch das gemeinsame Vorgehen der beteiligten Erdbauer, Maurer- und Elektrifizationsarbeiter erreicht. Auch zwischen den Syndikaten der Stein- und Ziegelsteinmurer und Hilfsarbeiter ist ein gemeinsames Vorgehen zur Vereinfachung der Löhneronts beschlossen worden.

Schwere Erdstürmungen erlitt der Verband durch die von der Regierung eingeleitete Justizaktion anlässlich der Schlichterei von Dravaill-Willembre. Die drei Sekretäre des Verbandes entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht ins Ausland, von wo sie erst nach dreimonatigem Exil nach Einstellung des Verfahrens zurückkehrten. Außerdem waren mehrere an der Spitze der Pariser Organisationen stehende Funktionäre ebenfalls in Untersuchungshaft. Daraus resultiert nicht nur die Entschärfung des Verbandes, die notwendige Protektion abforderte auch dessen Kräfte. Zwar war diese Protektion von bestem Erfolge gekrönt, doch lähmte sie den Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verhütung von erheblichen Summen.

Durch Beschluß des Kongresses in St. Etienne beträgt der Zentralbeitrag seit 1. Juli 15 Centis monatlich, wovon 5 Centis in die Zentralkasse fließen, die am 31. Dezember einen Bestand von über Frs. 10 000 aufweist. Mit 1. Januar 1909 tritt nun auch die zentrale Streifenunterstützung hauptsächlich zur Verfüng der Arbeitszeit in Kraft. Das Ergebnis der zu diesem Zweck in ganz Frankreich vorgenommenen Erhebung über die Arbeitsbedingungen liegt noch nicht vor. Auf Grund dieser Statistik über die noch nicht werden wird der Verband in diesem Jahre eine Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung nach Wohnbezirken beginnen.

### Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 10. bis 16. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der direkten Verwaltung in Rheinlanden M. 250, Herbstleben 250, Vogheim 269,29, Neuzelle 200, Jagna 200, Ziebold 200, Neuruippin 200, Trebbin a. d. E. 200, Ritschindorf 200, Galbe 200, Wabel l. Holstein 200, Raibach 150, Palenwal 150, Rudenwalde 150, Salmünster 150, Bindow l. d. M. 150, Wanditz 150, Dahlsburg 150, Genthin 150, Henningsdorf 120, Tzale l. Harz 100, Torgelow 100, Abterode 100, Celle 100, Rehin a. d. S. 100, Wetzlar l. d. M. 100, Neuenhagen 100, Kremmen 100, Wilsleben 100, Walsdorf 100, Straßburg l. d. Harz 100, Landstuhl 80, Weierhausen l. Harz 80, Döben 70, Joachimsthal 70, Mülin l. S. 50, Pichtenrade 50, Kirchwälder 41,40, Gosenjchen 33,95. Summa M. 5274,84.

Zuzuschickend: Kiel M. 600, Memel 500, Brandenburg a. d. Spree 400, Richtenberg 300, Lügel-Wiebelbach 300, Wladenburg 300, Mannheim 300, Dörschütz 300, Dortmund 300, Elberfeld 200, Eppelheim 200, Wesselsleben 200, Worms 200, Würzburg 200, Karlsruhe l. B. 200, Wetzlar 200, Zehdenitz 200, Warnemünde 200, Galle 200, Effen a. d. N. 200, Bunzlau 200, Döran 200, Niepe a. Finowkanal 150, Groß-Modern 150, Deutsch Lissa 100, Groß-Neudorf 100, Groß-Wartenberg 100, Hamn l. B. 100, Leipzig-Neudorf 100, Neu-Langion 100, Spandau 100, Mauer 100, Wetzlar l. S. 100, Wretzenheim 100, Rinsdorf 100, Wülzen l. d. S. 75, Frankenthal 60, Wittenberge 39,60. Summa M. 7574,60.

Aktiona, den 16. Januar 1909.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilschlafer. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Berlin. (Konstruktionsfehler oder eigene Fahrlässigkeit?). Diesmal war es ein Polier, der die enlöste Zahl der im Betriebe Verunglückten vermehrte. Am 16. Januar am Bau eines Wohnhauses in der Vorholmerstraße der Maurerpolier Schmidt das Eisengerüst eines Balkons brach, gab das Mauerwerk nach und Sch. stürzte mit den nachfolgenden Steinen in die Tiefe. Der Verunglückte hat eine schwere Schädelverletzung, andere Knochenbrüche und Querschnitten davongetragen; sein Zustand ist hoffnungslos.

München. Unter der Spitzmarke: „Der Vollzug der Baukontrolle in Bayern“ ist in Nummer 3 des „Grundstein“ ein Erlaß des Ministeriums des Innern veröffentlicht, wonach insbesondere die Distriktsbauinspektoren darauf angewiesen werden, ihr Augenmerk hauptsächlich auch darauf zu richten, inwiefern für den Schutz von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gesorgt ist. Das häufige Unglück beweist nun, daß der Erlaß noch keine Wirkung gehabt hat, und wahrscheinlich auch so lange keine Wirkung haben wird, bis endlich der berechtigten Forderung der Bauarbeiter, Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen, genügend Rechnung getragen wird, wenn auch, wie der fortwährende Reichstagsabgeordnete Pauli im Reichstag die Ablehnung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande begründete, manchen Unternehmern die Baukontrolle als Schikane vorkommt; wogegen sich doch Leben und Gesundheit der Arbeiter, als die höchste Gewinne- und Profitstunde der Unternehmer. Auch an dem von der Firma Weidener ausgeführten Neubau der Emaillierfabrik zwischen-Leim und Pasing machte sich die Gewinnlust dadurch bemerkbar, daß der Bau so miserabel ausgeführt wurde, daß sich die Deckenlasten wiederholt mit der Schlampe auf genanntem Bau beschaffen mußte und das Arbeitersekretariat beantragt war, sich bei der Regierung über die fandalöse Bauweise zu beschwerten, worauf der erwähnte Erlaß zurückzuführen ist. Nicht weniger als viermal sind Betonarbeiten auf genannter Baustelle eingeleitet, aber jedesmal wurde der Schutz wegeräumt und da Menschenleben nicht vernichtet worden waren, die Sache den Behörden gegenüber vertuscht. Wer der systematischen Unterbrei und der ausgeglichenen, „solchen“ Bauweise ist es übrigens gar nicht zu verwundern, daß Betonmauern einstürzen, die aus Mischungen von 18 oder 17 Karren Kies und einem Sack Zement ausgeführt werden; dazu kommt noch, daß in die 6 m hohe Verschalung der Beton eingeschüttelt und erst meterweise, statt alle 20- bis 30 cm getampft wurde. Daß dies keine sachgemäße Verarbeitung des Betons ist, muß jedem Laien einleuchten. Es ist deshalb leicht erklärlich, daß man in solche Wände mit den bloßen Händen große Löcher machen kann. Diese schlampige Bauweise verurteilte am 14. Januar, vormittags 10 Uhr ein gräßliches Unglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Es wurde nämlich eine Betondecke hergestellt, die in einer Spannweite von ca. 80 cm von vier Trägern getragen wird. Während der Polier Schneider befreit war, die Arbeit vorüberläufig auszuführen, ließ Bauhilfsführer Ebert einen gleich großen Teil der Betondecke, den Sch. in 2 Tagen auszuführen, in einem Tage ausführen, statt 10 cm ließ er jedoch nur 5 cm stark schütten und statt einer Mischung von 1 zu 6 nahm er eine Mischung von 1 zu 10. Wegen des Grobesses wurde die Betondecke ca. 15 cm hoch mit Kies überdeckt. Als nun der Zimmermann August Müll von Pasing die Veranschlagung wegnehmen mußte, geschah das Unglück. Während der Teil, den der Polier Sch. ausgeführt hatte, stehen blieb, stürzte der Teil (ca. 20 qm), den Bauhilfsführer Ebert ausgeführt hatte, ein und begrub den Zimmermann Müll, einen Vater von 8 Kindern. Wenige Minuten darauf erlag M. seinen schweren Verletzungen. Ein Maurer, der dem Zimmermann half, wurde zur Seite geschoben und erlitt Verletzungen geringerer Natur. Die Schuld trägt aufsehend Bauhilfsführer Ebert, der in seiner gewissenlosen Antreiberi den Verunglückten, der sogar vom Unternehmer selbst als fleißiger und braver Arbeiter bezeichnet wurde, einen faulen Hund genannt hatte. Dem Vertreter der Organisation, der sich zur Information auf die Unfallstätte begab, da es doch Pflicht der Organisation ist, für den Schutz von Leben und Gesundheit ihrer Mitglieder einzutreten, wollte der Herr Bauhilfsführer die Unterredung mit seinen Kollegen verbieten. Die Arbeiter ließen sich aber dies nicht gefallen und Baumeister Weidener ließ den Vertreter demnächst gerichtlich ruhig geführt. Das eine lehr uns das traurige Unglück wieder, daß nur erfahrene, praktisch ausgebildete Kontrolleure aus dem Arbeiterstande tätig sind, derartige Arbeiten richtig zu beurteilen und dafür zu sorgen, daß durch solide Bauausführung solche traurige Unfälle vermieden werden.

\* Bauarbeiterkongress für Württemberg. Die Kongress tagte am 16. Januar in Stuttgart und war von 153 Delegierten aus 67 Orten besucht. Von den Behörden waren vertreten: das württembergische Ministerium des Innern durch Bauat Burger, die Zentralstelle für Handel und Gewerbe durch Gewerbe-Inspektor Berner, das städtische Baukontrollamt durch die Bezirksbaumeister Förster und Groz und durch zwei Baukontrollassistenten. Außerdem hatte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch die Abg. Dietrich und Meißel und die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz durch ihren Sekretär Feine vertreten lassen. Nicht eingeladen war wie Kollege Stolle in seiner Begrüßungsrede ausbrüchlich hervorhob, mit voller Absicht die württembergische Bauergewerkschafts-Vereinsversammlung. Das geschah, weil die württembergischen Bauarbeiter keinen Funken von Vertrauen zu dieser Behörde mehr haben. Die Unfähigkeit dieser Behörde hat es dahin gebracht, daß sie von allen Berufsorganisationen in Deutschland die höchsten Unfallsziffern aufzuweisen hat. Lange genug ist sie, höchste Stelle aus, von den Vertretern der Arbeiter gemacht worden, ihre Pflicht zu tun und dem frivolen Spiel mit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ein Ende zu machen. Sie hat aber immer nur das getan, was in ihrem Interesse lag, und hat gemeist, daß sie von uns nichts wissen will. Ihre totale Unfähigkeit hat sie ihrem „Mutterbau“ auf der Bauausstellung durch Sachverständige beigegeben erhalten. Eine solche Berufsorganisation ist unfähig, den Bauarbeiterschutz fördern zu können.

Darauf hielt Genosse Feine ein Referat über die Bestrebungen und Erfolge auf dem Gebiet des Bauarbeiterschutzes und ging besonders auf die württembergischen Verhältnisse ein. Er labete die Juridikation in der Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande, obgleich gerade in diesem Punkte aller Grund davon vorhanden ist, recht energig zugreifen. In den Jahren 1898 bis 1907 waren in Württemberg 15 000 Unfälle zu verzeichnen, darunter 5223 Schwerverletzte mit einer Krankheitsdauer von mehr als 13 Wochen und 428 Fälle mit tödlichem Ausgang. Mit diesen erschreckenden Zahlen marschiert Württemberg an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten. Der württembergische Landestheil ist der fünfmalige Teil der Mischlande im Baugewerbe. Auf 1000 Volkarbeiter (berechnet zu 300 Arbeitstagen) entfielen bei der württembergischen Berufsorganisation im Jahre 1898 16,97 Schwerverletzte, im Jahre 1900 16,37, 1902 17,97, 1903 17,43, 1904 16,76, 1905 14,10, 1906 17,02, 1907 17,69. In einigen anderen deutschen Bundesstaaten beträgt der Promillezahl nur 8,3, 8,5, 8,78. Württemberg weist über 100 pZt. Schwerverletzte mehr auf als einige andere Bundesstaaten. Auch die Zahl der tödlich Verletzten ist in Württemberg am höchsten. Sie betrug hier in den letzten Jahren pro 1000 Volkarbeiter 1,62, 1,63 und 1,66, während der Durchschnitt 1,01, 0,99, 0,98 beträgt. Wir haben es hier mit einer ganz außergewöhnlichen Erziehung zu tun, gegen die nur die bestmöglichen Forderungen der Arbeiter helfen können. Nach diesen sehr wirkungsvollen Ausführungen sprach Kollege Stolle über die geplante Petition an die Regierung. Die wichtigsten Wünsche der Petition sind das gänzliche Verbot des Herabverrens von Baumaterialien; das Herausziehen der Nägel aus Baumaterialien muß zur Pflicht gemacht werden; das Gerüst soll nur von geübten Arbeitern hergestellt werden; die Streichhölzer sollen am Gerüst verborgen sein. Zu fordern ist auch eine doppelte Befestigung, die altbäuerlichen, dem modernen Bauweisen nicht mehr entsprechenden breiten Gerüste sollen verboten werden. Innerhalb der Fensteröffnungen muß eine Abdeckung erfolgen. Bei modernen Eisenbetonbauten und Eisenkonstruktionen müssen genaue Vorschriften erlassen werden. Daran mangelt es zur Zeit noch vollständig. In jedem Stockwerk soll ferner ein vollständiges Gerüst liegen bleiben. Als prinzipielle Forderung ist zu erheben, daß beim Transport von Lasten über 10 Zentner Maschinen- und Bodengeräte aufgestellt werden müssen. Die Gerüste sollen außerdem so aufgestellt werden, daß die Materialien senkrecht auf die Mauer herabgelassen werden können. Das Verbot der Steigteller ist erneut in die Petition aufgenommen, ebenso das des Heber- die-Sand-Mauerns. Wir verlangen, daß jedes Gebäl abgedeckt werden muß. Zum Schutze der Dacharbeiter verlangen wir unter allen Umständen die Anbringung eines Gerüsts unter der Dachtraufe. Den Spigerüstern werden wir in unserer Petition auf den Leib rufen. Sie sind zwar besser geworden, aber Spagerüst sind es doch noch immer. Der Materialtransport auf den Spigerüstern muß unterbunden sein. Bei Eisenkonstruktionbauten verlangen wir die Anstellung eines Montagegerüsts im Innern. Offene Kofferwerke sollen verboten sein. Bei Rahmenbauten soll ein Schutgerüst immer mitgeführt werden. Wir verlangen weiter Schutz für Maler, Antreiber und Steinhauer. Auch die Vorschriften über die Hebung und Verschiebung von Bauten wird in der Petition ergriffen. Bezüglich der Baukosten gehen wir viel weiter als die Verfügung von 1901. Heizmaterial und deren Müssen das ganze Jahr hindurch zur Verfügung stehen. Die Frauenarbeit auf den Bauten (nicht im Innern) soll verboten sein. In Bayern ist man bereits dazu übergegangen. Die Schutzvorschriften sollen nicht nur in deutscher, sondern bei der zahlreichen Beschäftigung von italienischen Arbeitern im Baugewerbe auch in italienischer Sprache angebracht werden. Wir nehmen ferner Bezug auf die Bestimmungen der neuen Bauordnung. Die Baukontrollämter müssen jährliche Berichte herausgeben.

Dem folgte ein Referat über die Weisheitsfrage. Der Referent, Genosse Hub, hielt die Bundesratsverordnung über die Verwendung der Weisheitsfrage für nicht ausreichend; Hilfe gegen die mit der Verwendung dieser Karten verknüpften Gefahren könne nur ein billiges Verbot der Verwendung von Weisheit im Baugewerbe bringen. Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß die jetzigen Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter in Württemberg völlig ungenügend waren, daß mit Ausnahme von Stuttgart so gut wie gar nichts im Sinne der Ministerialverfügungen von 1901 und 1902 geschehen ist. Insbesondere hat sich gezeigt, daß die württembergische Baugewerkschafts-Vereinsorganisation weder den Willen, noch die Fähigkeit besitzt, dem frivolen Spiel mit Leben und Gesundheit der Bauarbeiter energig auf den Leib zu rücken. Die am 10. Januar 1909 in Stuttgart tagende Bauarbeiterkongress beschließt deshalb, die bestehende Landeskommission für Bauarbeiterschutz in Württemberg zu beauftragen, sobald als möglich eine Petition an die königliche Staatsregierung zu richten, in welcher die Regierung erucht wird, diese Vor schläge zu einer Ministerialverfügung zu erheben und für deren korrekte Durchführung im ganzen Lande unter Einziehung von Baukontrollen aus den Kreisen der organisierten Arbeiterkraft Sorge zu tragen.“

\* Bauarbeiterkongress in Sachsen. Für die Bauarbeiter Sachsens und Fürstentümer Meißn ältere und jüngere Linie rief die Landeskommission für Bauarbeiterschutz für die Bauausstellung, Bauhilfsarbeiter, Bildhauer, Dachdecker, Glaser, Klempner, Maurer, Maler, Steinmetzen, Stuckateure, Tapezierer, Töpfer, Zimmerer usw. oberbischöflichen Gebiets auf Montag, den 12. April (Ostermontag), vormittags 11 Uhr, nach D r e s d e n, Volksgarten, Nützenstraße 2, die zweite Landeskonferenz für Bauarbeiterschutz ein, mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Landeskommission; 2. Bericht der Delegierten; 3. Bestimmung des Sitzes der Landeskommission; 4. Anträge. Wenn diese Konferenz ihren Zweck erfüllen soll, ist es notwendig, daß von allen Orten Delegierte hienher entsandt werden. Jeder Beruf kann so viel Delegierte entsenden, wie er will. Da die Kosten für die Delegation von den einzelnen Berufen selbst getragen werden müssen, wird es sich empfehlen, wenn

in kleinen Orten Bauarbeitervereinigungen einberufen werden, in welchen ein oder mehrere Delegierte gemeinschaftlich gewählt werden. Namen und Adressen der Delegierten, sowie Anträge zur Konferenz möchten spätestens bis zum 20. März an untenstehende Adresse eingeleitet werden.

Für die Landeskommission: Aug. Friedrich, Dresden, Nigenbergstr. 2.

Submissionen. W. Nürnberg wird um folgende besonders wohnsichere Bäume überhand: Die Vergütung der Arbeiter zur Schwanenbuchtrestion auf dem Truppen-Übungsplatz des dritten Armeekorps bei Grafenwöhr, die auf M. 120 000 veranschlagt waren, wurde der Zuschlag den Winkelsforstern mit M. 59 000 erteilt. Das höchste Angebot betrug M. 163 000.

Gewerkschaftliches.

Das neue Blatt für die Arbeiterjugend soll am 30. Januar zum ersten Male erscheinen. Es wird den schärfsten Titel „Arbeiter-Jugend“ führen und alle 14 Tage, 12 Seiten stark, etwa im Format des „Correspondenzblatt“ erscheinen. Die erste Nummer wird in sehr starker Auflage als Propagandanummer gedruckt werden.

Die „Arbeiter-Jugend“ ist in erster Linie als Bildungsorgan für die jugendlichen Arbeiter gedacht. Das Blatt soll vornehmlich die Wissenschaften pflegen, die die Erziehungspolitik des Klassenkampfes der Jugend des Proletariats vorenthält, die aber gerade der erwachsenen Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die schärfsten Waffen liefern, also Naturerkenntnis im weitesten Sinne, Geschichte, besonders Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Verfassungslehre in ihren grundlegenden Begriffen und Tatsachen.

Ferner soll das Organ die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, ihre Forderungen in bezug auf gewerbliches und politisches Recht, Lehrlingsgesetz, Fortbildungswesen usw. nachdrücklich vertreten. In das Programm des Blattes fallen des weiteren Rechnen und Gesundheitspflege (Turnen, Spiel, Sport und Wanderungen), die Leberstift über die Jugendbewegung des In- und Auslandes, die Diskussion von Vorschlägen, die aus dem Kreise der Leser selbst in bezug auf die Ausgestaltung des Vereins- und Versammlungswesens der Jugend, des Lebens und Treibens in ihren Verkehrsstellen, einlaufen.

Die Differenzen im Streikwert zu Mannheim haben nun noch zu einem schmerzlichen Zerwürfnis zwischen der Leitung des Metallarbeiterverbandes und den Verbandsmitgliedern in Mannheim geführt.

Adolf Stetzer wurde Mitte der 90er Jahre in Dresden wegen allerhand Quertriebereien aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und siedelte dann, um der Abhängigkeit einer Gefängnisstrafe zu entgehen, nach Amerika über, von wo er 1899 zurückkehrte.

Das Mannheimer Parteiblatt hat dann Stetzer öffentlich angefordert, seine Geschehnisse zu nennen, er hat aber bisher darüber geschwiegen. Eine wahrheitsgemäße Antwort würde jedenfalls neuen Aufschluss über das Wesen des Sozialistengesetzes geben; denn kein anderer als die Polizei oder das Unternehmertum hat an einem solchen

Zeiden Interesse. Um so energischer sollten sich die Arbeiter derartige Elemente vom Leibe halten. Daß sie es nicht tun, ist zwar recht bedauerlich, aber es ist in gewissem Sinne auch erklärlich. Die Masse der Gewerkschaftsmittelglieder erlangte durch den Einfluß in die Erfolgsmöglichkeiten bei wirtschaftlichen Kämpfen. Viele sind noch jung in der Arbeiterbewegung; die meisten gehörten vor fünf oder acht Jahren zu dem großen Haufen der Individualisten, der uns feintun, wenn seine Götter ihm das abverleihen. Und so schnell lernen nicht alle Menschen einen neuen Standpunkt völlig begreifen.

Der neunte Verbandstag der Metallarbeiter findet am 31. Mai in Hamburg statt. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen. 2. Bericht des Vorstandes und Ausschusses und Beratung etwaiger Anträge zu diesen Punkten und dem Verbandsorgan. Referent: A. Schilde-Stuttgart und R. Weigold-Frankfurt a. M. 3. Revision des Verbandsstatuts. Referent: ein Mitglied der Statutenberatungskommission. 4. Der letzte deutsche Gewerkschaftskongress in Hamburg. Referent: A. Cohen-Berlin. 5. Arbeiterschutz in der Metallindustrie. Referent: R. Seebing-Bielefeld. 6. Erziehung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Die Vertragsfähigkeit der Unternehmerverbände muß nach den Mitteilungen der „Solgarbeiterzeitung“ sehr vorsichtig beurteilt werden. Der Unternehmerorganisation für das Holzgewerbe ist es bisher nicht gelungen, den im Frühjahr 1908 in Leipzig gefällten Schiedsspruch für Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Essen, Magdeburg, Rudenwalde und Joppot zur Anerkennung zu bringen. Die Unternehmer dieser Orte, zum Teil die „Elite“ des Arbeiterschaftsverbandes, verweigerten ihrem Vorstande einfach die Gefolgschaft und lehnten den Schiedsspruch ab. Gestritten aus dem Schupverbande aus, als sie die Abmachungen anerkennen sollten, die der Vorstand als bindend für seine Organisation anerkannt hat. Sehr richtig bemerkt dazu die „Solgarbeiter-Ztg.“, daß damit der von der Unternehmerorganisation angebotene Reichstaxi in weite Ferne gerückt sei.

Es soll jedem Unternehmer bis auf weiteres selbst überlassen sein, innerhalb seines Betriebes die Maßnahmen zu treffen, die ihm in Anbetracht der jetzigen schlechten Konjunktur zu seiner Selbsterhaltung für notwendig erscheinen. Natürlich bedanken sich die Holzarbeiter für solche Vertragsunterbrechungen. Bekanntlich sind auch den Arbeitern des Holzgewerbes solche Dinge nicht fremd.

Nationaler Zwiespalt in den österreichischen Gewerkschaften. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung hat wieder schwere Zeiten durchzumachen. Dieselben Gefühle, die man empfinden muß, wenn man in einem eben fertiggestellten Neubau den Hausstumpfen sein Herdrunderwert verzeichnen sieht, müssen einen beschleiden, wenn man sieht, wie die so hoffnungsvoll emporstrebende Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich von dem Vagabund der nationalen Zersplitterung befallen ist.

Die deutsche Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren so manchen Bemühend auf Oesterreich geübt und hat sich an den Erfolgen gefreut, die durch die Einigkeit der Arbeiter aller Nationen erzielt wurden; dies aber ist ein schwerer Rückschlag, eine graumächtige Zerstörung vieler trostlicher Hoffnungen.

Soziales.

Don der Arbeitlosigkeit. Noch immer ist keine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu bemerken; aber trotzdem geschieht von den öffentlichen Gewalten immer noch nur sehr wenig, den Arbeitslosen Beschäftigung und Brot zu gewähren. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, wenn die Notstandsarbeiten plötzlich aufhören sollten, solle der Stadtrat den Arbeitslosen Unterkünfte ausrichten, nicht durch die Gewerkschaften zufommen lassen. Diese Unterkünfte sollen nicht als Armenunterkünften gelten.

Der Münchener Magistrat hat den Beschluß gefaßt, zunächst M. 30 000 zur Unterbringung der Arbeitslosen zu bewilligen unter dem Vorbehalte, daß der Münchener Hilfsfonds für den gleichen Zweck mindestens M. 20 000 zur Verfügung stellt. Außerdem soll an die Privatwohlfahrtspfleger appelliert werden. Eine Kommission soll die Verteilung der Spenden an die Arbeitslosen organisieren. Es sollen erhalten: Verheiratete Arbeitslose — ob heimatreue oder nicht —, die ein Jahr in München find, M. 3; von den ledigen Arbeitslosen sollen dagegen nur die heimatreue M. 2 bekommen. Mit Naturalien werden außerdem verheiratete Arbeitslose mit harter Familie unterstützt.

Die Hamburger Bürgerchaft hat kürzlich mehrere bringliche Anträge betreffend Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angenommen. Der Senat hat nun anerkannt, daß eine über den sonst üblichen Umfang hinausgehende Arbeitslosigkeit besteht, von einem weite Kreise umfassenden Notstande Kunde seiner Meinung nach aber nicht die Rede sein. Er beauftragt bei der Bürgerchaft, zwecks Ausführung besonderer öffentlicher Arbeiten eine Summe von M. 200 000 und zur Schulung von Kindern arbeitsloser Väter M. 10 750 zu bewilligen.

In Leipzig fanden starke Arbeitslosenemonstrationen statt. Eine Deputation begab sich zum Bürgermeister, um Notstandsarbeiten und Unterbringung zu verlangen. Der Bürgermeister versprach, daß Notstandsarbeiten vorgenommen werden sollten; besondere Arbeitslosenunterkünften könnten jedoch nicht gewährt werden, dagegen würde man Mittel aus Stiftungen hergeben, die nicht als Armenunterkünfte gelten, also den Verlust von Staatsbürgerechten nicht zur Folge haben. Der Bürgermeister ersuchte zugleich die Deputation, dafür zu sorgen, daß solche lärmende Demonstrationen unterbleiben, damit die eigentlichen Arbeitslosen nicht geächtet würden.

Die Resultate der Arbeitslosenzählung in Groß-Berlin vom 17. November d. J. sind nunmehr amtlich veröffentlicht worden. Nachstehende Uebersicht zeigt, wieviel Arbeitslose in den einzelnen Berufsgruppen sowohl in Berlin wie in Groß-Berlin gezählt wurden:

Table with 3 columns: Beruf, Groß-Berlin, Berlin. Rows include Handgewerbe, Metallverarbeitung, Holz- und Schnitzstoffe, Maschinenindustrie, Handwebgewerbe, Nahrungsmittel- und Genussmittel, Verkehrsgewerbe, Papier und Leder, Beherbergung und Erquickung, Bekleidung, Polygraphische Gewerbe, Steine und Erden, Persönliche Dienstleistungen.

Diese Zahlen lassen einen schlimmen Notstand erkennen; sie geben aber noch lange kein erschöpfendes Resultat und vollkommene Bild. Das liegt daran, daß die Zählung nach dem Meldebestanden vorgenommen worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte deshalb beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die am 16. Februar c. in Aussicht genommene Arbeitslosenzählung nach dem System der Hauslisten vornehmen zu lassen. Die Antragsteller machten geltend, daß das Meldebestanden viele Arbeiter enthalte, sich zu melden; die Zählung von Haus zu Haus vorzunehmen; die freien Gewerkschaften seien bereit, für solch eine Zählung 24 000 Mann als Zähler unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das ist gewiß ein nicht hoch genug zu schätzendes Anerbieten. Aber die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung wies es zurück und lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Einer der bürgerlichen Vertreter, Kettig, hatte den Mut, zu behaupten, die Sozialdemokratie würde die Zählung dazu missbrauchen, Abnommen für den „Vorwärts“ zu gewinnen und Unorganisierte aufzustöbern!

Weitere Zählungen der Arbeitslosen sind von Nürnberg, Braunschweig und Halle a. d. S. bekannt geworden. In Nürnberg beträgt die Zahl der Arbeitslosen 2513, davon 2293 männliche und 220 weibliche. Von den Arbeitslosen waren 1616 ledig; 604 Arbeitslose gehörten dem Baugewerbe an. In Braunschweig wurden in den Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, am 1. Dezember 1908 2510 Arbeitslose gezählt. Am gleichen Tage des vorangegangenen Jahres waren es 1180. Diese Statistik ist trotz der verhältnismäßig sehr großen Zahl der Arbeitslosen noch nicht erschöpfend, denn es fehlt bei ihr das Baugewerbe, wenigstens die meisten und größten Verbände des Baugewerbes. Wären die Gewerbe noch mitgezählt worden, so würde die Zahl der Arbeitslosen sicher über 3000 hinausgehen. Eine Arbeitslosenzählung, die das halbesche Gewerkschaftsamtell am 10. Januar vorgenommen wurde durch die Stadt mit M. 800 Beitrag unterstützt. Das Ergebnis der Zählung war folgendes: 2912 männliche Arbeitslose, davon 1971 verheiratet mit 3549 Kindern. Zu den Arbeitslosen kommen noch etwa 800 Personen, die in der Nacht vom 9. zum 10. Januar auf den Herbergen logiert hatten. Nicht voll Beschäftigte wurden 874 gezählt.

Die t o e b i f c h e Regierung hat eine allgemeine Arbeitslosenzählung angeordnet und den sämtlichen Bezirksverwaltungen

bereits die dazu nötigen Anweisungen gegeben. Es wird den Kommissaren empfohlen, besonders die Familien zu untersuchen, in denen auch Vertreter der Gewerkschaften mit tätig sein sollen. In Dänemark, wo öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, sollen diese die Führung leiten. Auch hat die schwedische Regierung verschiedene Maßnahmen gegeben, um den Arbeitslosen, soweit es möglich ist, Arbeit zu verschaffen. Auch in Schweden hat die Arbeitslosigkeit eine ungeheure Ausdehnung angenommen. In den großen Städten, wie Stockholm, Göteborg, Malmö, waren nach den Angaben der Gewerkschaften schon im November mehr als 10 pSt. der Mitglieder ohne Arbeit.

In Dänemark veranfaßt das staatliche statistische Bureau in Gemeinschaft mit dem Gesamtverband sowie mit den Ortsstellen der Gewerkschaften eine Untersuchung über die Einnahmen und Ausgaben der Arbeiterfamilien im Jahre 1909. Zu diesem Zwecke sind an eine große Anzahl von Arbeiterfamilien Haushaltsbücher verteilt worden, in die fortlaufend das ganze Jahr über die Einnahmen und Ausgaben in ihren einzelnen Posten gewissenhaft eingetragen werden sollen. Das statistische Material, das auf diese Weise gewonnen wird, soll Auskunft geben sowohl über den Arbeitsverdienst der einzelnen Familienglieder wie über den Verbrauch für Miete, Nahrung, Kleidung, Bildungszwecke, Steuern, Vereinsbeiträge usw. Da diese Budgetstatistik sich über das ganze Land erstreckt, wird sie auch Aufschluß über die Lebensverhältnisse an den verschiedenen Orten geben. Eine ähnliche Statistik ist in Dänemark bereits einmal im Jahre 1897 aufgenommen worden. Damals waren es in den Provinzorten namentlich die Schullehrer, die den Arbeiterfamilien Anleitung bei Aufstellung der Budgets gaben. Da inzwischen die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf mehr als das Doppelte angewachsen ist, hat man diesmal im ganzen Lande die Vertreter der Gewerkschaften dazu ausersuchen, für genaue und gewissenhafte Aufstellungen zu sorgen.

Ueber die Moralität der schwarzen Listen hat jüngst ein deutscher Universitätsprofessor ein Gutachten erstattet, das zwar nicht die Moralität dieser modernen Uraktsbriefe, aber die Moralität ihrer Verfasser recht hell beleuchtet. Der Verband der Ruhrgruben hat bekanntlich eine Einrichtungs, wonach er die Vergleute, die sich mißlieblich machen oder die Arbeit verlassen, auf eine besondere Liste setzt. Die darauf genannten Arbeiter dürfen von den Verbandsgeheimnissen in den nächsten sechs Monaten nicht eingeweiht werden. In vielen Veröffentlichungen, besonders auch bei den Reichstagsverhandlungen, ist bewiesen worden, wie empfindend dies System zum Schaden der Arbeiter gehandelt wird. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ hat von vielen Listen berichtet, die ihr in die Hände gefallen sind, die oft mehrere tausend Namen enthielten. Die Vergarbeiterorganisationen haben die Hilfe der Gerichte angerufen, aber vergebens. Dann hat man durch die parlamentarische Aktion die Regierung gezwungen, der Frage näher zu treten. Aus diesem Grunde glaubten die Besenbesitzer jetzt etwas zur Rettung ihres Schreckensregiments tun zu müssen. Sie erinnern sich der deutschen Professoren und erkennen gleich, daß das ihre Männer wären. Ein Universitätsprofessor in Erlangen, Dr. jur. & phil. Paul Oertmann, lieferte das verlangte Gutachten über die Moralität der schwarzen Listen. Er will sich nicht auf eine „Klassenmoral“, sondern auf die allgemeine „Vollsmoral“ stützen, und die habe den Vorrang als Kampfmittel längst akzeptiert. Nicht Sache sei der Zweck der Arbeitermoralregeln, sondern Disziplin:

„Disziplin aber ist vielleicht in keinem Zweige gewerblicher Tätigkeit notwendiger, ihre Verletzung ist nirgend leichter von waghalsiger verwerflicheren Wirkungen begleitet, als im Bergbau, wo die Unvorsichtigkeit eines einzelnen schon öfter Hunderte von Menschenleben und Millionenwerte in einer kurzen Minute vernichtet hat!...“

„Nicht nur im Interesse der Bergwerksbesitzer, sondern mehr noch im eigenen Interesse der Vergarbeiter selbst. Niemand hat mehr als diese Vorteile davon, vor Zusammenarbeiten mit auffässigen, es mit ihrer Pflicht leicht nehmenden Genossen verschont zu werden. Daß aber der Vertragsbruch eine arge Disziplinwidrigkeit darstellt, daß seine ungestrafte oder auch nur leicht gebüßte Duldung die Bande straffer Ordnung sprengen oder doch gefährden würde, müßte man schon von vornherein annehmen, auch wenn es nicht, wie nach Mitteilung orts- und sachkundiger Beobachter feststeht, durch die praktische Erfahrung längst bestätigt wäre. Heute entfallen auf je 100 Vergarbeiter jährlich annähernd 60 Fälle einer Lösung des Arbeitsverhältnisses. Berücksichtigt man hierbei, daß ein Teil der Belegschaft Hauseigentümer ist, ein weiterer nicht unerheblicher Teil der Arbeiter in Wohnhäusern wohnt, so ergibt sich für einen gewissen Teil der Vergarbeiter eine um so größere Fluktuation, so daß alle Nachteile dieser, sei es wirtschaftlicher, sei es sittlicher Natur, sich in stärkstem Maße geltend machen. Namentlich infolge Unkenntnis der eigenartigen Verhältnisse jeder einzelnen Grube bedeutet diese Fluktuation eine stete, erhöhte Gefahrenquelle für die Belegschaft, und liegt eine Minderung des Arbeiterwechsels aus diesem Gesichtspunkte nicht zum mindesten auch im Interesse der Kameraden selbst. Es muß deshalb auch als ein sozialpolitisches Verdienst angesehen werden, wenn sie durch Errichtung von Arbeiterhäusern und ähnliche Mittel auf die Geschäftigkeit ihrer Leute fördernd einzuwirken versuchen. In die Reihe solcher Bestrebungen gehört aber auch die Berufsandrohung. Man würde sie ganz falsch verstehen, wenn man nur an ihre repressive Wirkung denkt — will man sie richtig würdigen, so muß man ihre präventive Bedeutung, ihren motivationspolitischen Zweck in den Vordergrund der Betrachtung rücken. So verleiht er erst die moralische nicht nur einwandfreie, sondern selbst beifalls-wert. Wäre sie noch nicht da, so müßte man sie erfinden!“

Jedenfalls hat sich der Besenverband bei der Honorierung des Gutachtens recht lobend gezeigt; denn tapferer konnte dem Rechte diese wackere Nase nicht gebührt werden.

Die betriebstechnische Disziplin, d. h. das Verantwortlichkeitsgefühl bei der Arbeit muß bei diesem Manne dazu herhalten, um den Kontraktbruch als eine die Betriebssicherheit gefährdende Handlung erscheinen zu lassen. Er stellt die Fluktuation der Arbeiter als eine Gefahrenquelle dar und macht die Arbeiter für die Fluktuation verantwortlich, obwohl es doch in der ganzen Öffentlichkeit bekannt ist, daß die Ursachen dieser Fluktuation durch die Heranziehung fremder Arbeiter und Maßregelung der ortsansässigen erst gerade herbeiführen. Das geniert den Mann der Wissenschaft aber nicht; denn er hat nur sein Gutachten so zu erstatten, daß es den Besenbesitzern mundgerecht ist. Ob dabei die offenkundigsten Tatsachen ignoriert werden, das scheidet ihn nicht an. Seine Vorgesetzten haben aber ein großes Recht. Es ist ein großer Unterschied, ob der Vorgesetzte dazu dienen soll, einer unterbrühten Klasse mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen, oder um ein Willkürregiment übermächtiger Kapitalisten aufrecht zu erhalten, resp. auszuweiden. Und so stehen doch die Sachen im heutigen Staat. Die Arbeiterklasse ist auf derartige Mittel angewiesen, um sich ihr Recht zu erkämpfen. Sie handelt in der Notwehr; die Kapitalisten aber brauchen das Mittel, um ihre Vorrechte zu verteidigen. Darin sieht der doppelte Vorrang der Arbeiter; ihm scheint es nicht bedauerlich zu sein, daß in einer Klassenkampfzeit die formelle Gleichheit oft zur schreiendsten Ungleichheit wird. Umsonst hat der Mann indes doch nicht gearbeitet: er hat bewiesen, daß sich für jede Schärferer der Schärferer ein Verteidiger findet, wenn nirgend anders, dann bei den deutschen Professoren.

Zur Lohnpolitik der Gemeinden. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat an den Magistrat Berlin und andere Behörden eine Eingabe gerichtet mit der Bitte, bei der Ausführung von Tagelohnarbeiten diejenigen Stundenlohnsätze zu bewilligen, welche in der Gemeinschaft mit der Bauinnung aufgestellt hat und an die nach den Bestimmungen der mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge die Mitglieder des Verbandes gebunden sind. Der Verband der Baugeschäfte weist darauf hin, daß ansonsten

die beschriebenen Arbeiten solchen Unternehmen zufallen, die durch Lohnbrüche auf Kosten der Arbeiter ihren Bestand suchen und dadurch die herrschende Krise verschärfen. Der Magistrat hat bis jetzt noch nicht über das Gesuch entschieden. Dies Sorgen der Berliner Bauunternehmer ist übrigens im Prinzip völlig zu billigen.

### Briefkasten.

\* **Schriftführer.** Auch diesmal mußten einige Briefe zurückbleiben.  
 \* **Verbandskassen** sind nicht mehr zu haben, alle Beschlüsse sind nutzlos geblieben.  
 \* **Vorwärts, W. G.** Wir sehen keinen anderen Ausweg, als daß Du Dich unter Vorlegung der uns mitgeteilten Umstände an das Grundbuchamt wendest.  
 \* **Verband.** Versammlungsanzeige kam um einen halben Tag zu spät.  
 \* **Burg i. D. P.** Vorläufig noch der Führer. Ein Gesetz, das den Führer festsetzt, steht erst in Aussicht.  
 \* **Reinhold.** Die Zahl der Lehrlinge soll sich im allgemeinen nach der Zahl der beschäftigten Gesellen richten. Wenn ein Unternehmer eine im Verhältnis zu dem Umfang und der Art seines Geschäftes stehende Zahl von Lehrlingen hält, so kann ihm von der Verwaltungsbüro (Polizeibehörde) die Entlassung eines Teiles der Lehrlinge auferlegt werden. Zum Teil haben Innungen und Handwerkerämter diese bezügliche Vorschriften erlassen. Ob dort solche Vorschriften bestehen, wissen wir nicht.  
 \* **Weserstraße.** Laßt das Brautpaar nur dort kräftig hochleben, in einer Anzeige steht das doch zu bumm aus. Wir können solche Anzeigen nicht aufnehmen.  
 \* **Mehr Leben.** Für den Artikel hatten wir keine Verwendung, da wir bereits selbst über das Thema (Nr. 51) zu schreiben beschlossen hatten.

## Anzeigen

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 S.)

**Beetz.** Am 14. Januar starb nach langem Krankenlager unter treuer Verbandskollege **Richard Schlieke** im Alter von 27 Jahren an Lungentuberkulose.

**Berlin.** Am 10. Januar starb unser Verbandsmitglied **Gustav Neumann** im Alter von 46 Jahren an Herzschwäche.

**Böhmisch-Weiden.** Am 18. Januar starb unser treuer Verbandskollege **August Linsen** im Alter von 34 Jahren an Lungentuberkulose.

**Dresden.** Am 9. Januar starb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied **Paul Jähne** aus Döhlen im Alter von 38 Jahren an Rheumatisismus und Nierenleiden.

**Frieda.** Am 11. Januar starb unser junges, tüchtigstes Verbandsmitglied **Gotthold Degenhardt** aus Prien im blühenden Alter von 19 Jahren an Lungentuberkulose.

**Gießen.** Am 15. Januar starb unser Kollege **Philipp Pfeifer** aus Großenbusch im Alter von 40 Jahren an Infarkta.

**Götha.** Am 12. Januar starb unser Verbandskollege **Karl Henkel** im Alter von 69 Jahren an Gehirnschlag.

**Jena.** Am 14. Januar starb unser Kollege **Karl Frische** im Alter von 51 Jahren, infolge eines forderlichen Leiden freiwillig aus dem Leben.

**Ludowigs.** Am 7. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied **Aug. Jakob** im Alter von 64 Jahren an Lungentuberkulose.

**Magdeburg.** Am 10. Januar starb unser langjähriger Mitglied **Heinrich Wildt** im Alter von 55 Jahren an Speiseröhrenkrebs. — **Weserstraße.** Am 8. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **Hermann Pilz** im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.

**Rürnberg-Gürt.** Am 8. Januar starb der Kollege **Andreas Schmidt** im Alter von 47 Jahren, ebenfalls am 8. Januar der Kollege **Konr. Popp** im Alter von 36 Jahren und am 10. Januar der Kollege **Michael Vogt** von Steln im Alter von 36 Jahren an der Prostatierkrankheit.

**Wien.** Am 12. Januar starb unser Verbandskollege **Thomas Garczynski** im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose.

**Zensternberg.** Am 14. Januar starb unser treuer Verbandskollege **Adolf Köppe** im Alter von 62 Jahren an Nierenentzündung.

**Hessen.** Am 10. Januar starb unser Mitglied **Georg Brauer** im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.

**Wismar.** Am 12. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Heinrich Ahrens** im Alter von 54 Jahren.

**Ehre ihrem Andenken!**

Der Kollege **Richard Pfeiffer**, geboren in Lindorbe, Alter circa 25 Jahre, vor zwei Jahren vom Inf.-Regt. 87 abgegangen, wird um Angabe seiner Adresse ersucht.  
 Franz Radol, Zimmerer, Sträßberg i. Nbg., Sand 86.

### Adressen-Veränderungen.

V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Schriftführer, H Oberverwalter, R Revisor, B Beisitzer, W Wirt, M Mitglied.

**Stendal.** V Otto Gennrich, K Knipp 8.  
**Wolzenburg.** K August Busse, Schulstr. 19.

### Versammlungs-Anzeiger.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

**Sonntag, den 24. Januar:**  
 Bülow, Radm. 3/4 Uhr im Vereinslokal. Referent anwesend.  
 Nienburg a. d. W. Radm. 6/2 Uhr Generaterversammlung. Die Mitgliederbücher sind wieder Kontrolle mitzubringen.  
 Pasewalk. Radm. 4/2 Uhr im Anstich bei der Kreantensoffenversammlung.

**Dienstag, den 26. Januar.**  
 Liegnitz. Abends 6 Uhr. L.-D. Vortrag über das Unfallversicherungs-gesetz.

**Mittwoch, den 27. Januar.**  
 Hamburg. 9 Uhr. Sementier und Kunstseidenerbeiter. Abends 8/4 Uhr im Gesellschaftshaus.

**Donnerstag, den 28. Januar.**  
 Pinneberg. Abends 8 Uhr bei Ledow.

**Freitag, den 29. Januar.**  
 Berlin. 9 Uhr im mauerer. Bei Weder, Weberstr. 17. L.-D. Wahl des Vorstands. Generaterversammlung.

**Sonntag, den 31. Januar.**  
 Artern. Radm. 3 Uhr im „Schwan“. L.-D. Vorstandswahl.  
 Köln. Radm. 10/4 Uhr Generaterversammlung im Hofhaus. L.-D. Umänderung des Statuts. Vorstandswahl und Kassenericht. Neuwahl des Beiratsvorsitzenden. Verzeichnis. Mitgliederbuch legitimiert.  
 Kalserslautern. Radm. 3 Uhr Generaterversammlung im Hofe „Zur Burg“. L.-D. Neuwahl.  
 Kattowitz. Radm. 3 Uhr im Gesellschaftslokal, Rathhausstr. 19. L.-D. Abrechnung und Bericht vom vierten Quartal. Jahresbericht. Neuwahl des Vorstandes. Bücher müssen mitgebracht werden.  
 Konitz. Radm. 9 Uhr. L.-D. Jahres- und Kassenericht. Vorstandswahl.  
 Unterweissbach. Radm. 3 Uhr Generaterversammlung im Kesselschlag. „Zur Sonne“. L.-D. Jahresbericht. Vorstandswahl. Arbeitslosenrat. Arbeiterkassier.

#### Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

**Sonntag, den 23. Januar.**  
 Fürstenwalde. Abends 8 Uhr bei Dobber. L.-D. Abrechnung und Vorstandswahl.

**Sonntag, den 24. Januar.**  
 Bromberg. Radm. 3 Uhr bei Jahnke, Berggasse. L.-D. Abrechnung und Kassenericht. Neuwahl des Beiratsvorsitzenden. Mitgliederbuch legitimiert.  
 Pasewalk. Radm. 3/4 Uhr. L.-D. Abrechnung.  
 Steglitz. Radm. 10 Uhr Generaterversammlung bei Rohmann, Schloßstr. 117. L.-D. Kassenericht und Vorstandswahl.

**Sonntag, den 31. Januar.**  
 Charlottenburg. Radm. 3 Uhr im Hofhaus, Rosenstr. 8. L.-D. Abrechnung. Jahresbericht. Neuwahl der dritten Verwaltung.  
 Lehn. Radm. 1 Uhr im Kassehause Lokale zu Behain. L.-D. Vorstandswahl.

**Sonntag, den 7. Februar.**  
 Saarmund. Radm. 3 Uhr. L.-D. Abrechnung vom vierten Quartal. Neuwahl der Verwaltung und Kassenericht.